

75

Jan./Feb. '99

13. Jahrgang

DM 3,00

ISSN 1436-7823

Antifa

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

AKTYOR
TAKTYOR

KANZLER
SCHWEIGT,
VOLK SCHREIT

Weitere Themen:

LLL-Demo

Veranstaltung zu
national "befreiten"
Zonen

Zu einigen Fragen
der Antifa-Bewegung
(Teil V)

Betrachtungen zu
Goldhagen

Wahlübergänge in
Österreich

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

HEISSE

JUDEN
Titelestreit
staatsb
doppelte
Hindererschaft

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Kommentar	
Doppelpaß – ein Schritt für gleiche Rechte?	4
Bericht	
Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Demo	7
AFB-Jahreshauptversammlung	8
Schnelles Aus für Cafe Germania	17
Demo gegen Polizeübergriffe in Duisburg	17
National „befreite“ Zonen	19
Menschenrechtsfreie Zone im Frankfurter Flughafen	21
Jahreshauptversammlung des IFV	28
Ankündigung	
Die Hammerskins – weiße Rassisten der Skinhead-Bewegung	10
Benefiz-Konzert in Wanne-Eickel	10
Stellungnahme	
Zu einigen Fragen der antifaschistischen Bewegung (V)	11
Diskussionsbeitrag	
Goldhagens (b)lin(d)ke Freunde	23
Dokument	
Unterstützt die kurdischen Flüchtlinge in Wuppertal	26
Tätigkeitsbericht 1998 von Yek-Kom	29
Kurznachrichten	
News aus dem Revier	35
Material	
Judenverfolgung in Herten (2)	A

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluß Nr. 76: 28.02.1999

EDITORIAL

Das neue Jahr wird eröffnet mit einer **rassistischen und ausländerfeindlichen Kampagne von CDU/CSU**, die dem Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur vereinfachten Einbürgerung von AusländerInnen“ den Versuch entgegengesetzt, durch eine bundesweite Unterschriftensammlung **„gegen die doppelte Staatsbürgerschaft“** eine nationalistische und fremdenfeindliche Mobilisierung von Stimmungen in der Bevölkerung zu erzeugen.

Das Auftaktsignal setzte Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, der die Tatsache einer „doppelten Staatsbürgerschaft als gesetzlicher Regelfall“ für gefährlicher als „die Existenz der RAF“ einschätzt.

CDU-Vorsitzender Schäuble schloss sich dieser Auffassung erläuternd an, indem er die „Gefahr“ beschwor, dass die „terroristische PKK“ durch die doppelte Staatsbürgerschaft einen legalen Boden bereitet bekäme, ihren „Terrorkrieg“ in Deutschland zu organisieren.

Die „rot/grüne“ Regierung hielt zwar im wesentlichen an ihrem Gesetzentwurf fest, knickte aber schon in wichtigen Punkten ein: So soll die „doppelte Staatsbürgerschaft“ an das „Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ geknüpft werden, ausgeschlossen sind außerdem „Sozialhilfeempfänger“.

Beide, Regierung und „Opposition“, begründen ihre Positionen mit dem Eintreten für die **„Verbesserung der Integration ausländischer Bürger“** in diesem Land.

Sie unterschlagen, dass Menschen ohne deutschen Pass bislang in Deutschland überhaupt keine Bürgerrechte besaßen, bislang also noch nie „MitbürgerInnen“ waren.

Der „Fortschritt“ im Gesetzesentwurf der Regierung besteht zweifellos darin, dass er, zumindest zum Teil, das bestehende **Staatsbürgerschaftsrecht** außer Kraft setzt, das die Staatsbürgerschaft an die Gemeinsamkeit „deutschen Blutes“ (*ius sanguinis*) knüpfte.

In seinem Leitartikel **„Doppelpass – ein Schritt zu gleichen Rechten?“** setzt sich Klaus Dillmann mit der Problematik der „doppelten Staatsbürgerschaft“ auseinander.

Unter Linken und AntifaschistInnen ist zweifellos umstritten, wie sie zu dieser Frage stehen, das kann und darf aber kein Grund dafür sein, der rassistischen und nationalistischen CDU/CSU-Kampagne nicht mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Unsere Organisation ruft zu einem breiten Bündnis aller demokratischen Kräfte auf, die Auseinandersetzung auf allen Ebenen zu führen.

Fortgesetzt wird die Reihe **„Zu einigen Fragen der antifaschistischen Bewegung“** mit einem Beitrag von **Stephan W. Born**, der erneut zum Thema **„Antifaschismus und soziale Frage“** Stellung nimmt.

Weil wir außerdem noch einen Bericht über die **Demonstration zum 80. Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht** in Berlin bringen wollten, erscheint auch die Januarausgabe mit kleinerer Verspätung - wir bitten um Entschuldigung, ab März wieder im gewohnten Rhythmus.

Besonders hinweisen wollen wir auf den Bericht über eine Veranstaltung zum Thema **„National befreite Zonen**, die am 18.12.98 im **Recklinghäuser Bert-Brecht-Zentrum** stattfand. Wir meinen, dass die Auseinandersetzung mit aktuellen faschistischen Konzeptionen auf breiter Ebene geführt werden sollte.

Da wir außerdem einen ausführlichen Bericht über die **Jahreshauptversammlung unserer Organisation** vom 16.12.98 abdrucken und zudem noch einen Beitrag von **Achim Schürmann** mit einer Einschätzung des bisherigen Verlaufs der **„Goldhagen-Debatte“**, wurde das Thema **„Frauen und Antifaschismus“** erneut verschoben - erscheint aber in der März-Ausgabe als Schwerpunkt-Thema, versprochen!

In einem weiteren Bericht werden die Ergebnisse der **Jahreshauptversammlung** des Internationalen Freundchaftsvereins (IFV) dargestellt.

Im zweiten Teil der vorliegenden Ausgabe stehen vor allem Berichte über Unterstützungsaktionen für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen – besonders zu erwähnen der Bericht über eine Aktion gegen das **„Internierungslager auf dem Frankfurter Flughafen“**.

In den **„Gelben Seiten“** findet Ihr den 2. Teil von **Hans-Heinrich Hollands** Untersuchungen über das Schicksal deportierter **JüdInnen in Hertzen**

Bildmaterial zu aktuellen Ereignissen lag uns diesmal leider fast gar nichts vor - was allerdings auch daran liegt, dass in der „Winterpause“ auch wir weniger aktiv waren und neue Kräfte für 1999 sammelten. Und die werden wir vermutlich brauchen können.

Was sonst noch drinsteht, entnehmt es dem Inhaltsverzeichnis.

Allen Antifaschistinnen und Antifaschisten wünschen wir Mut, Ausdauer und Geduld, untereinander und auch uns gegenüber.

Für die Redaktion

WT

Doppel-Pass – ein Schritt für gleiche Rechte?

CDU/CSU verteidigt das deutsche Blut

„Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk.“ (Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU; zitiert nach JUNGLE WORLD)

Die Bonner Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen will durch Änderung des aus dem Kaiserreich stammenden völkischen Staatsbürgerrechts Menschen aus anderen Ländern in Deutschland integrieren. Vor dem Hintergrund dieses Staatsbürgerrechts von 1913, das auch als „jus sanguinis“ (Blutsrecht) bezeichnet wird, könnte - streng genommen - eher die Hälfte der Bevölkerung der USA (von der vielleicht nur eine Minderheit noch etwas von ihrer deutschen Abstammung weiß) zu deutschen Staatsbürgern erklärt werden als ein Italiener, der hier geboren ist, fließend Deutsch spricht und sein gesamtes Leben hier verbracht hat.

Das neue Staatsbürgerrecht

Nach dem Willen der heutigen Bundesregierung soll das jetzt aber anders werden: **Nicht mehr die deutsche Abstammung soll ausschlaggebend für die deutsche Staatsbürgerschaft sein, sondern die Tatsache, daß Menschen ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden haben.** In puncto „doppelte Staatsbürgerschaft“ verhalten sich die meisten Staaten Europas und auch die USA, Kanada oder Australien (wie der *SPIEGEL* aufgezeigt hat) weitaus liberaler als Deutschland. Zwar berücksichtigen einige Länder auch das Abstammungsprinzip – wenn etwa ein Kind spanischer Eltern in einem amerikanischen Flugzeug zur Welt kommt, wird es automatisch Staatsbürger der USA und Spaniens – aber daneben existiert das Territorialprinzip gleichrangig. Und wer aus einem spanischsprechenden Land wie Peru oder Chile stammt, kann die spanische Staatsangehörigkeit erhalten, ohne etwa auf die der Herkunft verzichten zu müssen. Nur im Königreich Schweden ist man mit Verlei-

hung der „Medborgarskap“ (Staatsbürgerschaft) noch zurückhaltender als in Deutschland. Und im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland hat man sich für seine Commonwealth-Mitglieder etwas ganz Besonderes ausgedacht: die dreistufige Staatsangehörigkeit. Nur wer die höchste Stufe, die „British Citizenship“, erklommen hat, besitzt damit automatisch das Aufenthaltsrecht auf der Insel. Juden, die den Nazistaat verlassen mußten und in England an Land gingen, bekamen sie.

Die neue Bonner Regierung, die eigentlich im vereinten Europa die kaiserliche Gesetzgebung überwinden will, verfährt da aber noch sehr restriktiv: Denn Menschen mit einem ausländischen Paß sollen den deutschen nur erhalten, wenn sie nicht straffällig wurden – sei es durch Schwarzfahren oder Diebstahl –, die deutsche Sprache beherrschen und nicht gegen das Grundgesetz verstoßen.

Was bedeutet dies beispielsweise für Kurdinnen und Kurden, die durch Proteste gegen den Vernichtungskrieg des türkischen

Staates gegen das kurdische Volk in Deutschland dem deutschen Gesetzgeber ins Augenmerk rückten? Berufskiller wie der türkische Geheimdienstler Catli dagegen konnten sich hierzulande immer frei bewegen und besaßen den **grünen Diplomatenpaß mit der größtmöglichen Freizügigkeit.** Mit der Verpflichtung auf die deutsche Verfassung durch eine Regelanfrage an den Verfassungsschutz vor Verleihung einer deutschen Staatsangehörigkeit ist wie in Tagen des Berufsverbots zumindest der Gesinnungsschnüffelei Tür und Tor geöffnet. **Ferner sieht das neue Staatsbürgerschaftsrecht vor, daß nur solche in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Migrantenkinder den deutschen Paß erhalten, von denen mindestens ein Elternteil bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.** Demgegenüber garantierte das alte Gesetz deutschstämmigen Umsiedlern die deutsche Staatsangehörigkeit auch in ihrem Herkunftsland, und die dort Verbliebenen besitzen sie neben der Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes auch heute noch.



Mittlerweile haben rund zwei Millionen Menschen aus Migrantenfamilien die deutsche Staatsbürgerschaft, und das im Falle der türkischstämmigen Deutschen mit Hilfe der türkischen Botschaften.

Aber auch, wer normalerweise damit nichts anfangen kann – eine Visumpflicht für die Türkei besteht auch für Deutschstämmige nicht – beugt lieber vor, sollten etwa Nazibanden die nunmehr mit deutschem Paß ausgestatteten Menschen türkischer Herkunft terrorisieren und der deutsche Staat dabei untätig zusehen. So hält man sich lieber noch ein Plätzchen im Trockenen sicher. Andererseits machte man inzwischen die Erfahrung, daß Menschen mit ausgeprägt kurdischer Identität mehr Bereitschaft zur Integration in die deutsche Gesellschaft zeigen als etwa türkische Staatsangehörige, die auch hierzulande „stolz sind, Türken zu sein“.

Problematisch wird es, wenn ein Kurde ins Wehrpflichtigenalter kommt und der türkische Staat ihn zum Militärdienst auffordert, bei dem er auch gegen sein eigenes Volk in den Krieg geschickt werden könnte. Als Staatsangehöriger der Türkei müßte er in solchem Fall, sollte er sich dem

Wehrdienst entziehen, mit der Ausweisung aus Deutschland und Auslieferung in die Türkei rechnen.

Was sich die Regierung verspricht

Mit ihrem Eintreten für die doppelte Staatsbürgerschaft spekulieren SPD und Bündnis 90/Die Grünen natürlich auch auf Stimmenzuwachs für künftige Wahlen bei dem türkisch-kurdischen Adressatenkreis, so wie es die CDU in der Vergangenheit bei Deutschstämmigen aus Rußland usw. tat. Wenn jetzt etwa ein Guido Westerwelle von der FDP deutlich auf Distanz zum ehemaligen Koalitionspartner CDU geht, so spielt dabei der mögliche Stimmengewinn sicher eine wichtige Rolle.

Was die „rot“-grüne Koalition betreibt, ist also nicht gerade umwerfend neu und weiterreichend.

Innenminister Schily betont ein übers anderemal, daß die deutsche Staatsbürgerschaft nur denen verliehen wird, die sich mit der deutschen Gesellschaft und dem deutschen Staat identifizieren. Zudem beabsichtigt er, die künftigen Neubürger „in die Pflicht zu nehmen“, und appel-

liert an ein „Rechtsempfinden der Menschen“, das bei der Gesetzgebung umzusetzen sei. Nicht Gerechtigkeit, sondern Emotionen sollen also bestimmen. Würde die Integrationsbereitschaft durch entsprechende, auf die breite Masse der zu Integrierenden zielende Unterrichtsprogramme gefördert, könnte man solcher Argumentation ja noch Verständnis abgewinnen, läge dann doch der „schwarze Peter“ bei denen, die sich nicht integrieren ließen.

Aber es gibt Sparmaßnahmen mit der Folge, daß sich in manchen Stadtteilen der Großstädte auf den Grund- und Hauptschulen Kinder aus aller Herren Länder tummeln, die gar nichts lernen, da kaum ein Lehrer sich auf so unterschiedliche Voraussetzungen unter den Lernenden einstellen kann. Man schickt stattdessen diese Kinder auf Sonderschulen für Lernbehinderte, wo sie dann mit „echten“ Lernbehinderten deutscher Abstammung zusammen sitzen. Wer die Integration in die deutsche Gesellschaft will, schickt daher seine Kinder lieber in diejenigen Stadtteile zur Schule, wo die Mehrheit deutsch ist und die Kinder „auf natürliche Weise“ Deutsch lernen.

AFB -JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

AM 16.12.1998 FAND IM RECKLINGHÄUSER BERT-BRECHT-ZENTRUM DIE JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG UNSERER ORGANISATION STATT WIR VERÖFFENTLICHEN IM FOLGENDEN EINE ZUSAMMENFASSUNG DER HAUPTSÄCHLICHEN THEMEN, DIE AUF DER VERSAMMLUNG ZUR DISKUSSION STANDEN.

In einem ausführlichen Bericht wurden zum einen die Hauptaktivitäten des AFB in 1998, zum anderen eine politische Analyse der Entwicklung unserer Organisation vorgestellt.

An dieser Stelle soll nun kein Gesamtüberblick über unsere Aktivitäten in 1998 erstellt werden, sondern der Aktionsrahmen im groben skizziert werden.

In der Phase von Januar-Mai lagen die Schwerpunkte der Aktionen in den Bereichen Jugend- und Kulturarbeit (Höhepunkt: 1. Antifa-Festival Ruhr am 28.2. im Marler Schacht 8 mit 350 BesucherInnen), Internationalismus (z.B. Mitorganisation von Aktionen zum kurdischen Newroz-Fest am 19.3., Aktionen zum 1.5.), Unterstützung bundesweiter oder regionaler Antifa-Demonstrationen (17.1. in Lübeck, 31.1. in Düsseldorf, 14.2. in Köln, 7.3. in Sprockhövel) und Unterstützung der Bewegung gegen die Castor-Transporte (Höhepunkt im März).

Im Zeitraum Juni-August lag der eindeutige Schwerpunkt auf der Diskussion über Vorschläge für eine neue politische Plattform des AFB (abgedruckt in AntifaZ Nr. 72).

In der zweiten Jahreshälfte lagen die Schwerpunkte in den Bereichen Internationalismus (Unterstützung von Aktionen gegen Abschiebungen), soziale Bewegungen (Zusammenarbeit mit Arbeitsloseninitiativen, Forum Erfurter Erklärung), Diskussionen mit Gewerkschaftern zum Thema Antifaschismus und soziale Frage), antifaschistische Bündnisse (Eröffnung des Bert-Brecht-Zentrums, Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt in Recklinghausen sowie aktuelle Entwicklung faschistischer Theorie-

und Ideologiebildung (Info-Veranstaltungen zu Themen wie "Nazi-Rock" und "National befreite Zonen").

Im zweiten Teil des Berichts, der Analyse der politischen und organisatorischen Entwicklung unserer Organisation, wurde angeknüpft an den auf der Hauptversammlung des Jahres 1997 verabschiedeten Zielsetzungen unserer Organisation, auf der drei Schwerpunkte unserer Arbeit beschlossen worden waren:

1. Vertiefung unserer Kenntnisse über faschistische Organisations-, Politik- und Ideologieentwicklung.

2. Weiterentwicklung unseres Verständnisses von antifaschistischer Politik unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen, insbesondere die Bereiche

a) Antifaschismus als internationalistische Perspektive

b) Antifaschismus als sozialer und humaner Entwurf einer zukünftigen Gesellschaft

c) Antifaschismus als gemeinsamer Kampf von Frauen und Männern

d) Antifaschismus als gemeinsamer Kampf von Jungen und Alten.

3. Antifaschistische Bündnispolitik. In der vorgelegten politischen Analyse wurde herausgearbeitet, dass der AFB zumindest im ersten Halbjahr seine gesteckten Ziele überwiegend aus den Augen verloren hat.

Zwar war die praktische Arbeit an den gesteckten Schwerpunkten orientiert, doch eine "Vertiefung" unseres Verständnisses antifaschistischer Politik wurde nicht geleistet.

Als Ursache wurde genannt, dass unsere Praxis von 'Aktionismus' gekennzeichnet war: Die Vielzahl der Aktionen verhinderte eine gründliche Auswertung und eine bessere theoretische Weiterbildung in der gesamten Organisation. Ein Beispiel hierfür ist das 1. Antifa-

Festival im Marler Schacht 8: Auch wenn allein seine Durchführung schon ein politischer Erfolg war, der den AFB bei vielen Jugendlichen als Organisator des Festivals bekannt gemacht hat, waren doch die politischen Grundlagen dieser Veranstaltung zu schwach. Zwar gab es im Forum des Schacht 8 eine Reihe von Büchertischen, auch wurde darauf hingewiesen, dass der evtl. erzielte Reinerlös dem "Lübecker Bündnis gegen Rassismus" zur Verfügung gestellt werden sollte, auch stellte die Teilnahme einer Gruppe von 15 AFB-Mitgliedern an der bundesweiten Demonstration in Lübeck am 17.1.98 (zum Jahrestag des Brandanschlags) eine gewisse Grundlage dar, auf der wir eine neue antifaschistische "Jugend- und Kulturpolitik" zu entwickeln hofften, aber eine Weiterführung dieser Ansätze wie auch eine gründliche Auswertung des Festivals unterblieb, schon stand die nächste Demo-Teilnahme (am 7.3. in Sprockhövel) auf der Tagesordnung, und in den dann folgenden Wochen im März organisierten sich die meisten AFB-Mitglieder spontan in den Initiativen gegen die Castor-Transporte. Vor allem diese Aktivitäten, in deren Verlauf unser Organisationszentrum für einige Wochen zur Anlaufstelle und Telefon-Zentrale für eine Teil der Initiativen gemacht wurde, verhinderten eine gründliche Diskussion über die Frage, in welchem Umfang und auf welcher politischen Grundlage sich unsere Organisation an diesen Aktivitäten beteiligen kann.

In der Diskussion auf der Jahreshauptversammlung wurde dies spontane 'Hineingleiten' in die Anti-Castor-Bewegung als Fehler bezeichnet: Der AFB hat keine Diskussion geführt, ob und auf wel-

cher Grundlage er die Anli-Castor-Aktivitäten unterstützt, hat allerdings für einige Wochen seine eigene Handlungsfähigkeit vollkommen außer Kraft gesetzt, indem er den Initiativen seine gesamte Infrastruktur zur Verfügung stellte. Dies hat der Organisation keineswegs "Ansehen" bei den Anti-Castor-Initiativen eingebracht, vielmehr führte diese Entwicklung dazu, dass eine ganze Reihe jugendlicher Mitglieder den AFB verließen, um in Zukunft in 'radikaleren' Zusammenhängen weiterzuarbeiten. Erst im Sommer kam es in der Organisation wieder zu einer breit geführten und gründlichen Aussprache über Ziele und Perspektiven unserer Organisation, die ihren vorläufigen Abschluss mit der Veröffentlichung eines Vorschlages für eine neue Plattform abgeschlossen wurde. Parallel zu dieser Diskussion wurden auch die Versuche wieder aufgenommen, antifaschistische Bündnisse zu stärken, was anfangs auch positive Erfolge zeitigte: Zusammen mit dem Internationalen Freundschaftsverein wurden kleinere Aktionen zum 1. Mai durchgeführt, zusammen mit dem IFV, der DKP und der PDS wurde mit der Renovierung unseres Zentrums begonnen, das dann am 8.11.98 feierlich als BERT-BRECHT-ZENTRUM eröffnet wurde. Aufbauend auf diesen positiven Erfahrungen gingen wir mit einigem Optimismus in die Vorbereitungen zur diesjährigen "Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt" im Kreis Recklinghausen. Schon bei den Vorbereitungen, vor allem aber bei der Durchführung zeigte sich aber in aller Deutlichkeit, dass die Grundlagen für eine Bündnisstruktur, wie sie auf dem Papier als "Antifa-Koordination im Kreis Recklinghausen" bestand, in der Realität nicht vorhanden waren. Deutlicher Beweis hierfür ist die Tatsache, dass das "Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus", das offiziell Teil der "Kreis-Koordination" war, sich an den Vorbereitungen für die Woche nur informell beteiligte, von einer gemeinsamen Pla-

nung aller Aktivitäten im Rahmen dieser Woche kann aber nicht gesprochen werden.

Der AFB zog aus diesen Erfahrungen die Konsequenz, sich zukünftig nicht mehr an einer solchen, nur in unserem Wunsch-Denken bestehenden Koordination zu beteiligen. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Veranstaltung über "National befreite Zonen" (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe), bei der die sich entwickelnden Kontakte zu Antifaschistinnen aus anderen Städten ausgebaut werden konnten.

Hier wurden auch zum ersten Mal wieder gründlichere Diskussionen über die aktuellen Konzepte der Faschisten geführt, an denen in der Zukunft weitergearbeitet werden soll.

Die Mitglieder waren sich auf der Jahreshauptversammlung einig, dass auch die übrigen Schwerpunkte unserer Arbeit (Internationalismus, Jugend- und Kulturarbeit) fortgesetzt und vertieft werden müssen.

Da in den letzten Wochen des Jahres 1998 auch die Arbeit der AFB-Ortsgruppe in Heme und Wanne-Eickel wieder stabilisiert und neue Kontakte im Jugend- und Kulturbereich aufgebaut werden konnte, kann auch das - zeitweilig in Frage gestellte - 2. Antifa-Festival Ruhrgebiet am 20. März in der Essener Zeche Carl durchgeführt werden.

Hierzu soll ein klareres politisches Konzept erarbeitet werden, in dessen Zentrum die Solidarität mit den vom Staat verfolgten 'Passauer AntifaschistInnen' stehen soll.

Als Hauptaufgabe für 1999 stellt sich die Organisation das Ziel, das polnische Profil des AFB weiter zu schärfen, den Vorschlag für die Plattform weiter zu überarbeiten und ein Programm des AFB zu verabschieden. Dies soll in einer Kurzform gedruckt und bundesweit bekannt gemacht werden. Die AntifaZ soll noch stärker als bisher Sprachrohr des AFB werden und den Austausch rmt AntifaschistInnen in anderen Städten verbessern helfen.

Recklinghausen, 16.12.1998

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift
für Lust und Freiheit

Nr.66 (4/98) enthält u.a.:



EXPO NO -

denn die Welt sieht anders aus
von Gruppe Tipp Ex



Lissabon-Bericht zur Konferenz
Libertärer Kommunalismus

von Wolfgang Haug



Kontroverse

Anarchosyndikalisten contra
Libertäre Kommunalisten



John Pilger: Noam Chomsky - Zum 70.; SF-Redaktion: Diskussion über politische Zentren; Torsten Froese: Totale Kriegsdienstverweigerung; Jan J. Hofmann: Handbuch der Utopie; Johannes Hilmer: Debatte zwischen Proudhon und Marx; Jürgen Münkler: Olga forever; Martin Droschke: Frauen im 3. Reich; Wolfgang Haug: Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht, etc.



Nr.65 (3/98) enthält u.a.:

Das Vampir-Projekt

Wissenschaftler auf der Jagd nach
Genen der Urwohner

von Claus Biegert



Der Libertäre Kommunalismus
Die Erschaffung des Bürgerwesens

von Janet Biehl



Gegenöffentlichkeit heute
Krieg um den richtigen Stallgeruch
von Richard Herding

Neu im Trotzdem-Verlag

Hans-Ulrich Grunder: Wir fordern alles -
Weibliche Pädagogik im 19.Jh., 24.-
Paul Lafargue: Recht auf Faulheit, 10.-
Janet Biehl: Libertärer Kommunalismus, 26.-
Michael Seligmann: Aufstand der Räte, 2 Bde.
Standardwerk über die Bayerische
Räterepublik, 78.-

☛ Abonniert!

SF ★Redaktion/Trotzdem

PF 1159, D-71117 Grafenau

Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273

<http://www.txt.de/trotzdem>

e-mail: trotzdemSF@t-online.de

Die Hammerskins - weiße Rassisten der Skinhead-Bewegung (Eine Video-Reportage von Daniel Schweizer)

Manches muss man gesehen haben, mit eigenen Augen, und man muss es gehört haben, mit eigenen Ohren, sonst ist und bleibt es unglaublich und unerhört. Aber dieses Unglaubliche ist manchmal so schwer zu ertragen, dass die Dokumentation zurecht mit dem Satz beginnt: "Dieser Film enthält Aussagen, Gesten und Lieder, die den Zuschauer in seinen Empfindungen verletzen können." (ARTE)

Pierre ist Schweizer, 23 Jahre alt, arbeitslos und seit sechs Jahren Skin. Erkennungszeichen der „echten“ Skins sind nicht nur Kahlschädel und Bomberjacken, sondern auch weiße Schnürsenkel in den Springerstiefeln - weiß steht für "weiße Rasse" - und die auf Hand oder Arm tätowierte Zahl "88". Das H ist der achte Buchstabe im Alphabet und zweimal Acht steht für "Heil Hitler".

Pierre ist nicht nur Skin - einer von 400 in der Schweiz, jeweils 2000 in Frankreich, England oder Skandinavien und von über 6000 in Deutschland -, er ist Mitglied der Hammerskins, einer in den USA gegründeten Gruppe: "Ich würde sagen, dass man eine Parallele zwischen Skins und Hammerskins einerseits und SA und SS andererseits ziehen kann. Die SA war eine Massenbewegung, sie stand für die Machtübernahme, die Gewalt auf den Straßen, die Saufgelage, die Schlägereien in den Gaststätten. Die SS kam erst später. Natürlich hatte auch sie eine gewaltsame Seite, aber der Unterschied ist meiner Meinung nach der zwischen Gewalt und Brutalität. Ich würde sagen, dass die SS und entsprechend auch die Hammerskins brutaler sind."

Christoph, 26 Jahre alt, arbeitslos, der sich bei den Hammerskins um die Aufnahme beworben hat: "Für mich ist das in Europa und international die beste Bewegung. Die Organisation setzt sich wirklich für ihre Mitglieder ein und kämpft für ihre Leute (...). Das ist genau das, was ich suche: Eine Familie, die jederzeit kampfbereit ist. Die wollen um jeden Preis verhindern, dass die Zionisten an die Macht kommen, und sie kämpfen für die weiße Rasse."

Daniel Schweizer hat eineinhalb Jahre gedreht und das Vertrauen der Jugendlichen gewonnen, ohne sich zu verstellen oder sich anzubiedern. Von Anfang an hat er klargemacht, dass er keinerlei Sympathien für sie hegt und ihm ihre Ideen Angst machen. Gefilmt wurden geheime Zusammenkünfte und Konzerte von Skins in der Schweiz, in Deutschland, Polen und Dänemark. Sie kommunizieren mit modernsten Methoden, vernetzen sich zunehmend und werben via Internet für ihre Organisation und ihre Ziele - eine Realität, vor der man die Augen nicht verschließen darf.

Der Film begleitet die Jugendlichen in ihrem Alltag, zeigt sie zu Hause, in Gesprächen, bei der Arbeit und auf der Straße, gewalttätige Aktionen zeigt er nicht. Daniel Schweizer: "Es wäre für mich absolut unerträglich und inakzeptabel gewesen, Gewalt gegen Menschen zu filmen. Zudem denke ich, dass die Aussagen der Darsteller sehr wohl Gewalttätigkeit transportieren, es ist ja genau diese unerhörte Kälte ihrer Aussagen, die schockiert (...). Ich habe mit vielen Schulklassen diskutiert, die den Film gesehen haben. Die einen waren schockiert, die anderen froh, über dieses Thema sprechen zu können. Schließlich zirkuliert auch unter Schülern rechtsextremes Material, und sie haben Mühe, dieses einzuordnen. Von Faszination war bei meinen Gesprächen jedenfalls wenig zu spüren."

Verleih der Medienwerkstatt Freiburg

D - 79100 Freiburg, Konradstr. 20, Tel.: 0761/709757; Fax: 701796

Verleih- 50,- DM Kaufkassette: 250,- DM

BENEFIZ-KONZERT IN WANNE-EICKEL

Auch die AFB-Ortsgruppe Wanne-Eickel tritt nach der „Winterpause“ wieder ans Licht der Öffentlichkeit. Am 20. Februar findet im Jugendzentrum Heisterkamp ein Antifa-Benefiz-Konzert statt. Das Konzert soll in erster Linie dazu dienen, die Ortsgruppe in Wanne und Herne ein wenig bekannter zu machen, neue Interessenten anzusprechen und - wenn möglich - auch ein wenig die finanzielle Situation unserer Organisation verbessern zu helfen.

Seit dem Sommer trifft sich die Ortsgruppe im Jugendzentrum Heisterkamp und findet dort erfreuliche Unterstützung durch das Leitungsteam des Jugendzentrums. So lag es nahe, mit Unterstützung des JZ ein Konzert zu planen, das einen Beitrag dazu leisten soll, antifaschistische Arbeit in Wanne voranzubringen. AFB-Mitglied Rene Wellner hat durch seine eigene Gruppe „Senseless“ gute Kontakte zur fortschrittlichen Musiker-Szene in Herne und nahm die Organisation in die Hand. Mit seiner Mithilfe gelang es, vier Herne Bands, alle mehr oder weniger „Newcomer“, für das Konzert zu gewinnen.

Folgende Gruppen spielen am 20.2. Im Heisterkamp auf: „Mango“, „Den Umständen entsprechend“, „Fall out“ und „Bicahuna“.

Wann: 20. Februar 1999 **Wo:** Jugendzentrum Heisterkamp, Heisterkamp 2, Wanne-Eickel

Beginn: 18.00 Uhr (Einlass: 17.30 Uhr) **Eintritt:** 5,- DM

ZU EINIGEN FRAGEN DER ANTIFASCHISTISCHEN BEWEGUNG

(Teil V)

„Antifaschismus und soziale Frage“

Der heutige Beitrag knüpft an den Thesen Eva Gottschaldts (vorgetragen auf der Recklinghäuser Podiumsdiskussion im Rahmen der „Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt“ in Recklinghausen, siehe AntifaZ Nr. 74) an, versucht dann aber Fragen und Antworten aufzuwerfen, die über diese Thesen hinausgehen und u.E. Nach wie vor zur Lösung anstehen.

Eva betont in ihrer ersten These: „Die „und“-Formulierung (im Thema „Antifaschismus und soziale Frage“) ist falsch. Antifaschismus kann nicht neben anderen Politikfeldern stehen. Antifaschismus ist nämlich kein eigenes Politikfeld, sondern eine Haltung, eine Grundausrichtung, die die verschiedenen - fast alle - Politikfelder bestimmt oder eben nicht bestimmt. Lediglich Antifaschismus im ganz engen Sinne könnte als eigenes Politikfeld betrachtet werden, etwa eine Demo gegen den Nazi-Aufmarsch oder der Kampf um eine Gedenktafel etc.“

Und sie konkretisiert, was sie unter dem Begriff „Grundausrichtung“ versteht: „Eine Politik kann dann als vom Antifaschismus bestimmt gelten, wenn sie bewußt und konkret das Gegenteil der Ziele faschistischer Politik anstrebt.“

Nun gibt es sicher heutzutage keine einzige antifaschistische Organisation, die Antifaschismus in „ganz engem Sinne“ auf die Organisation von Demos „gegen den Naziaufmarsch“ oder den „Kampf um eine Gedenktafel“ reduziert, aber ihrer Position, dass „Antifaschismus“ eine gemeinsame „Grundausrichtung“ sei, die „fast alle Politikfelder bestimmt oder eben

nicht“, ist zu widersprechen.

Dies soll festgemacht werden an ihrer Formulierung, dass Antifaschismus - ganz einfach gesagt - „das Gegenteil der Ziele faschistischer Politik anstrebt.“

Gerade die Fragestellung, was das „Gegenteil“ faschistischer Politik sei, durchzieht ja die - oft sehr kontrovers geführten - Diskussionen in der „Antifa-Bewegung“. Ist das Gegenteil eine demokratische, eine sozialistische, eine kommunistische, eine anarchistische, eine humane, eine freiheitliche, eine internationalistische oder eben - *nur* - eine „antifaschistische“ Politik ?

Der Mangel in Evas Thesen besteht darin, dass sie den antifaschistischen Konsens, die größte Gemeinsamkeit „unserer“ Politik, ableitet aus der gemeinsamen Ablehnung der Folgen des „Faschismus an der Macht“: „Selbst wenn man sich darüber (nämlich die Definition des „Faschismus an der Macht“) nicht einig ist, kann man sich rasch darüber einigen, welche konkreten Folgen der Faschismus an der Macht für die Menschen in einem Land hat. Leider gibt es genügend Anschauungsmaterial. Man kann das faschistische Menschenbild studieren - und die innen- und außenpolitischen Ziele

des Faschismus.“

Die Begründung einer antifaschistischen Politik aus der Ablehnung des historischen „Faschismus an der Macht“ reicht aber unseres Erachtens nicht aus, um wirksam gegen aufkommenden „neuen“ Faschismus zu kämpfen. Gerade dieser „hilflose“ Antifaschismus, der auf den breiten moralischen Konsens in der Ablehnung der Verbrechen des Faschismus orientiert und als Gegensatz das Eintreten für eine „humane“, „gewaltfreie“ und „tolerante“ Gesellschaft“ propagiert, wird den heutigen Aufgaben nicht gerecht.

Der theoretische und praktische Grundmangel eines so verstandenen Antifaschismus ist das Ausblenden der Tatsache, dass der „Faschismus“ ja historisch und auch heutzutage im „Schoß“ der bestehenden „demokratischen“ Gesellschaftsverhältnisse sich entwickelte und entwickelt, dass der jeweils „rechtsstaatlich“ legitimierte Abbau demokratischer Rechte eine der Grundvoraussetzungen des Erstarken des Faschismus historisch war und heute ist.

Ein Beispiel: Kein bürgerlich-demokratischer Politiker wird den „Großen Lauschangriff“ als Mittel bezeichnen, einen neuen

Faschismus zu etablieren, er wird ihm im Gegenteil als „demokratische Abwehr“ vor „Totalitarismus jeglicher Art“, selbstverständlich also auch als Abwehr einer „faschistischen Gefahr“ propagieren. Der „hilflose Antifaschismus“ kann dem also im Grunde nur zustimmen und höchstensfalls - immer wieder - fordern, dass er auch tatsächlich gegen Faschisten eingesetzt wird und nicht etwa gegen „Demokraten“.

Zugegeben, das Beispiel ist ein wenig provokant, und Eva wird selbstverständlich nachweisen, dass der „Lauschangriff“ gerade nicht „das Gegenteil“ faschistischer Ziele darstellt.

Verdeutlicht werden soll mit diesem Beispiel, dass es eben nicht reicht, „Antifaschismus“ als das bloße „Gegenteil“ von Faschismus zu formulieren.

Positionen in der Antifa-Bewegung

Ein nicht geringer Teil der antifaschistischen Bewegung hat dies auch längst erkannt und antifaschistische „Grundausrichtungen“ formuliert, die sich aus der Analyse der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ableiten.

Allerdings fallen die Antworten recht unterschiedlich aus, und - das sei schon jetzt hervorgehoben - die Diskussion um diese Antworten steckt u.E. nach wie vor in den Kinderschuhen.

Eine - durchaus verbreitete - Antwort lautet: Wer vom Faschismus redet und den Kapitalismus nicht erwähnt, ist kein Antifaschist (wenn wir uns recht erinnern, vertraten schon B. Brecht, aber auch E. Fried, eine solche Auffassung).

Aus dieser Auffassung ließe sich ableiten, dass Antifaschis-

mus der Kampf gegen „den Kapitalismus“ sei. Logische Konsequenz dieser Auffassung ist im Grunde, dass der „Kampf gegen den Kapitalismus“ kein „eigenes Politikfeld“ Antifaschismus mehr benötigt, da sie selbstverständlich und auch ständig den Nachweis führt, dass der „Faschismus“ sich auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt.

Da „antikapitalistischer Kampf“ nach eigenem Grundverständnis „alle“ Politikfelder umfasst, ist ein „eigenes“ Politikfeld Antifaschismus nicht nötig und wäre „falsch“.

U.E. haben aber beide Vorstellungen, nämlich die von Eva formulierte, dass Antifaschismus als „Grundausrichtung“ alle „Politikfelder“ 'ausgestalten' habe, als auch die - z.B. von der AAB/BO formulierte - „Grundausrichtung“, dass „Antifaschismus“ den „Antikapitalismus“ zur „Grundlage“ haben müsse, erhebliche Mängel.

Ihr Hauptmangel ist, dass sie von einem von den realen gesellschaftlichen Verhältnissen abgehobenen theoretischen Herangehen zeugen: Evas Position setzt sich nicht mit der Tatsache auseinander, dass es - in einem noch genauer zu beschreibenden Verständnis - sehr wohl ein „eigenes Politikfeld“ Antifaschismus gibt, das eben nicht auf die oben skizzierte „Grundhaltung“ zu reduzieren ist. Auf der anderen Seite ignoriert die antifaschistische Grundposition z.B. Der AAB/BO, dass es eine große Zahl antifaschistisch denkender und handelnder Menschen, Initiativen und Zusammenhänge gibt, die *nicht* die Ablehnung des Kapitalismus zum Ausgangspunkt ihres Engagements for-

mulieren.

Doch im Zentrum der folgenden Überlegungen soll nicht die Auseinandersetzung mit dieser - hauptsächlich von der AAB/BO vertretenen Auffassung von „Antifaschismus“ stehen, sondern die Begründung, warum sich die vorhandene Antifa-„Bewegung“ verstärkt mit der „sozialen Frage“ auseinandersetzen muss.

Die „Anti-Nationalen“

Dabei ist die Auseinandersetzung zu führen mit einer u.E. äußerst bedenklichen Ausfassung, wie sie vor allem von den „Anti-Nationalen“ vertreten wird.

Bei ihnen wird - hier nur verkürzt zusammengefasst - behauptet, dass an der „sozialen Frage“ heutzutage nicht anzuknüpfen sei, da die „soziale Bewegung“ in Deutschland von Grund auf „national“ geprägt sei, und deshalb stehe „antinationaler Antifaschismus“ von Anfang an in Widerspruch zu den vorhandenen sozialen Forderungen. Zugespitzt ausgedrückt: Zwischen gewerkschaftlichen Forderungen nach „mehr Arbeitsplätzen“ und faschistischen Forderungen nach „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ bestehe kein prinzipieller Unterschied.

Diese Kritik knüpft demagogisch an der Tatsache an, dass sämtliche „Arbeit“ im Kapitalismus Arbeit im Interesse der Kapitalisten und von den Arbeitenden derart „entfremdet“ durchgeführt werde, dass an erster Stelle die „Abschaffung“ derartiger „Arbeit“ gefordert werden müsse. Die „Antinationalen“ fordern nun an Stelle solcher „Arbeit“ das „freie, selbstbestimmte Leben“ ohne „

Arbeit". Sie bleiben die Antwort schuldig, wie denn - vorausgesetzt einmal, die kapitalistische „Arbeit“ sei völlig verschwunden - Menschen dieses „freie, selbstbestimmte Leben“ ohne irgendeine (andere) Form des „Arbeitens“ verwirklichen könnten.

Menschliches Leben ohne „Stoffwechselprozeß mit der Natur“ (produzierende Arbeit) und ohne Ernährung (reproduzierende Arbeit) war zu keiner Zeit möglich und wird

ein anderes „Leben“ zu schaffen. Ja, wie denn?

Die Ursache für dieses „Ausblenden“ der sozialen Frage liegt bei den „Anti-Nationalen“ in ihrer umstandslosen Gleichsetzung von ArbeiterInnen und Arbeitslosen, die ihre Forderungen noch im Rahmen von Reformvorstellungen, als noch zu weiten Teilen ideologisch an das kapitalistische System gebunden, formulieren, mit nationalistischen „BürgerInnen“. So heißt es in einem Aufruf der „

zialen Situation, Rechtsradikalismus auch gar nicht ausbleiben kann, reduziert den Menschen auf ein Instinktwesen, das reflexartig auf bestimmte Umstände reagiert - arbeitslos also natürlich rechtsradikal. Der Grund liegt vielmehr im Nationalismus der BürgerInnen, die darin tagtäglich von der herrschenden Politik, durch Gesetze zur schnelleren Abwicklung von Abschiebeprozessen, Asylbewerberleistungsgesetz usw. bestätigt werden. DemokratInnen



DGB: Arbeit für alle – oder nur für Deutsche...

es auch nie sein, egal, welche Gesellschaftsform sich in der Zukunft herausbilden wird.

Die „antinationale Position“ ist zutiefst zynisch, fordert sie doch unter den herrschenden Verhältnissen im Grunde diejenigen, die - noch - einen „Arbeitsplatz“ haben, diesen freiwillig aufzugeben und sich

Anti-nationalen“

„Die zunehmenden Arbeitslosenzahlen der an die Nation gebundenen Bevölkerung sind wiederum eine beliebte Ursachenerklärung für zunehmenden Neofaschismus. Der Schluss der PolitikerInnen und Medien, dass bei dieser Verdrossenheit der Jugend, aufgrund ihrer so-

nen scheitern an der Kritik am Nationalismus, weil sie von ihren UnternehmerInnen genau den positiven Bezug aufs staatliche Gewaltmonopol verlangen und bei Mißachtung gar bestrafen.“

Zwar wird in diesen Ausführungen zu Recht betont, dass Arbeitslosigkeit nicht „natürlich“

zu Neofaschismus führt, ihr Grundmangel aber ist die - und dies ist politisches Kalkül - umstandslose Gleichsetzung aller „BürgerInnen“, die noch der Illusion unterliegen, im Rahmen des herrschenden Systems seien soziale Reformen möglich, unter das Schlagwort „Nationalisten“. Eine Arbeitslosenbewegung, die Arbeitsplätze fordert, ist somit per se „nationalistisch“, Menschenrechtsbewegungen, die „demokratische Rechte“ für MigrantInnen fordern, sind per se „nationalistisch“, Gewerkschaften, die mehr Lohn für die Beschäftigten fordern, sind „nationalistisch“.

Die Tatsache, dass die große Mehrheit der Lohnabhängigen sich bewußtseinsmäßig noch im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse bewegt, wird fälschlich als „Kern des Nationalismus“ bezeichnet: „Das ist der Kern des Nationalismus: Solange die Menschen nur brave UntertanInnen und fleißige Lohnsklaven sein wollen, oder eine tapfer als duldsame Hausklavin Reproduktion und soziale Arbeit sicherstellen will, solange haben sie trotz aller negativen Dinge, die in ihrem Land passieren, guten Grund, der Nation und dem Arbeitgeber bzw. dem des Patriarchen feste die Daumen zu drücken.“

Auf den Punkt gebracht wird diese Auffassung in der Parole: „Kapital und Nation abschaffen“.

Klar ist, dass damit jegliche Bewegung, die nicht gleichzeitig mit ihren Forderungen die „Abschaffung der Nation“ propagiert, nationalistisch ist oder zumindest den Nationalismus fördert.

Die „Anti-Nationalen“ fordern

die Arbeitslosen auf, *nicht* wieder um einen Arbeitsplatz zu kämpfen, sondern stattdessen von der „ausreichenden staatlichen Stütze“ sich ein „schöneres Leben“ zu machen. Eine solche Politik treibt die vorhandene Spaltung zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen weiter voran, vernebelt die Ursache für „entfremdete“ Arbeit, nämlich die kapitalistische Form des Produzierens und steht der Tatsache hilflos gegenüber, dass die Faschisten heute die „soziale Frage“ zum Schwerpunkt ihrer Propaganda gemacht haben.

Dass die Faschisten gerade an dieser von den „Anti-Nationalen“ mit vorangebrachten Spaltungslinie und der damit verursachten Verunsicherung unter den Menschen anknüpft, belegt ein Zitat aus einem Brief des NPD-Kreisvorsitzenden Recklinghausen der NPD, Kevering, an unsere Zeitschrift:

Er begrüßt einen Artikel in der Ausgabe 73: „In diesem kurzen Text wird richtig erkannt, dass die Großunternehmen und MultiäKonzerne die wahren Verursacher des Sozial-Problems sind und Menschen nur als Gewinnmaximierungsfaktor gelten. Auch wir sehen das ebenso.

Menschen als manipulierbare Masse, hin und hergeschoben, entwurzelt, Familien zerrissen, ohne Bindung, heimatlos gemacht von Banken und dem Kapital, - abgeschoben bei Nichtbedarf in die ‚Sozialauffangstation Staat‘, Heranbildung eines Sozialproletariats, verbunden mit der Föderung des Neides, - Hetze der Arbeitsplatzbesitzer gegen die Arbeitsplatzsucher und andersherum zur gegenseitigen Senkung der

(Lohn)-Kosten und zur Erhöhung des Profites.“

Auch wenn es mit der Adaption von Versatzstücken marxistischer „Analyse“ der Warenwelt noch nicht so ganz klappt, ist diese scheinlinke Phraseologie durchaus ernst zu nehmen!

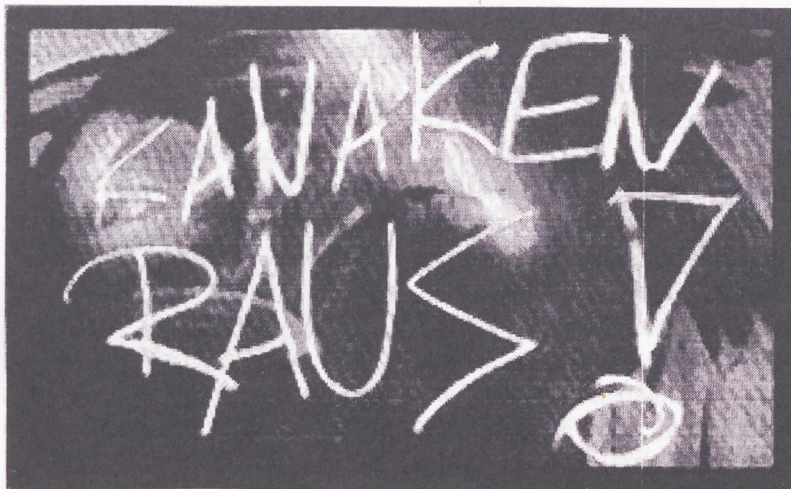
Die Wirklichkeit verändert sich eben nicht nach dem theoretisch formulierten Wunschenken der „Anti-Nationalen“; zwar führt Arbeitslosigkeit nicht automatisch zu Neofaschismus, aber ebensowenig automatisch zu „Anti-Nationalismus“ und „Antikapitalismus“. Eher aber zu „Antikapitalismus“ aus dem „Bauch heraus“, der aber - und dies beweist eben auch die Wirklichkeit - leichter anfällig für soziale Demagogie der Neofaschisten ist.

Selbstverständlich leben die Arbeitslosen wie alle anderen „BürgerInnen“ in dieser Gesellschaft und werden tagtäglich genauso wie andere durch Rassismus und Nationalismus staatlicher und politischer Maßnahmen der Regierenden beeinflusst.

Klar auch, dass eine große Zahl von ihnen soziale Forderungen erst einmal nur für „sich“ und oft „gegen andere“, und dies sind oft nicht die UnternehmerInnen, einklagt.

Deshalb aber das Interesse, statt auf Jahre arbeitslos zu sein, lieber einen Arbeitsplatz zu fordern, auch wenn der ganz und gar nicht den Wünschen und Bedürfnissen entspricht, als „nationalistisch“ zu diffamieren, wird mit einiger Sicherheit eher Wasser auf die Mühlen der Neofaschisten gießen.

U.E. ist die einzig mögliche Antwort auf die soziale Demagogie der Faschisten („Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“) die Forderung nach „Ar-



beitsplätze für alle - egal ob Deutsche oder Nichtdeutsche", „Gleiche soziale Rechte für alle -egal ob Deutsche oder Nichtdeutsche" und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - egal ob Deutsche oder Nichtdeutsche".

Die NPD rühmt sich, eine Reihe ehemaliger Kommunisten in ihre „Reihen" aufgenommen zu haben.

Dies mit einer hämischen Bemerkung abzutun, dies zeige nur, was „vom Kommunismus" zu halten sei, wäre fatal.

Tatsache ist, dass innerhalb der „Linken" in Deutschland eine nicht geringe Verunsicherung über die „nationale Form" des „Klassenkampfes" existiert. Ausdruck dieser Verunsicherung ist die Tatsache, dass - insbesondere in den Reihen der PDS - die rassistischen, ausländergefeindlichen und faschistischen Aktionen Jugendlicher in erster Linie als „fehlgeleiteter" Ausdruck sozialen Protests gesehen werden. An dem „falschen" Bewußtsein dieses ansonsten „richtigen" Protests gelte es „aufklärend" anzusetzen. Fatal wird es besonders, wenn nicht nur das „soziale Element" dieses Protests als „richtig" angesehen wird,

sondern auch seine „nationale Sichtweise" der Wirklichkeit. Was soll denn daran auch „falsch" sein, wenn Jugendliche „patriotisch" eingestellt sind und als „Deutsche" die „Beschränkung des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte, die vom Kapital als Lohndrücker eingesetzt werden", fordern. Was soll denn daran schon „falsch" sein, wenn Menschen die „ausländischen Drogenbanden" bekämpfen, die die „Gesundheit" unserer Kinder und Familien zerstören.

Was soll denn daran schon falsch sein, wenn ordnungsliebende Menschen das „chaotische und gewalttätige Auftreten von Punks auf Demos" ablehnen, weil diese Bierflaschen auf die Straßen werfen, Scherben hinterlassen, an denen sich unsere Kinder verletzen, oder sogar „mutwillig Eigentum zerstören"?

Ist es nicht im Grunde sehr viel nützlicher, dass die Jugendlichen bei der NPD auf Sauberkeit, Ordnung und Disziplin setzen?

Ohne dies weiter auszuführen, sind wir der Meinung, dass ein Teil der Linken wegen ihrer eigenen „nationalen Borniertheit" nicht in der Lage ist, der natio-

nal-sozialen Demagogie der Faschisten ein geeignetes Konzept entgegenzustellen.

Wie der Kampf gegen die „falsche", nationale Form sozialer Forderungen zu führen und zu organisieren ist, darum muss verstärkt gestritten werden. Selbstverständlich ist hier vor allem Kritik an solchen gewerkschaftlichen Forderungen zu führen, die deutsche gegen nichtdeutsche Lohnabhängige und Arbeitslose gegen Arbeitsplatz"besitzer" ausspielt.

Eva Gottschaldt hat im Rahmen ihrer Thesen zurecht eine derartige Position bei den Gewerkschaften kritisiert, die die Rechte ausländischer ArbeitnehmerInnen damit begründet, dass „die Ausländer Steuern und Rentenversicherung bezahlen".

Zurecht fragt sie: „Brauchen diejenigen, die keine Steuern und Rentenversicherung zahlen und für Hungerlöhne scharz arbeiten, weil sie als Flüchtlinge nicht arbeiten dürfen oder alt und krank sind, etwa keine anti-rassistische Solidarität?"

Dies ist jedoch ein grundlegend anderes Herangehen an die kritische Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichen Positionen. Die „Anti-Nationalen" sehen das etwas lockerer, vor allem nehmen sie es auch mit der Wahrheit nicht so genau. So wird der IG BAU mal eben folgende Position untergeschoben: „Das Gejammer der IG BAU darüber, dass deutsche Bauarbeiter keine Arbeit bekommen, weil ausländische Billiglohnarbeiter an Baustellen von deutschen Firmen angestellt werden, zeigt genau vom Unverständnis gegenüber diesem Sachverhalt." Völlig verfälschend, denn die IG BAU kämpft seit Jahren für die recht-

liche und soziale Gleichstellung deutscher und nichtdeutscher Arbeiter *und gleichzeitig* gegen die illegale Einstellung nichtdeutscher Beschäftigter durch die Unternehmer. Dies zweifellos *gegen* Spaltungstendenzen und nationalistische Töne „an der Basis“, die ja nicht zu leugnen sind.

Die „Anti-Nationalen“ sind im Kern nicht weniger „national“ orientiert - ausländische Arbeiter tauchen in ihren Vorstellungen überhaupt nicht als Lohnabhängige auf, die das Recht haben, gleiche soziale Beginnungen einzuklagen, das würde ja die Zahl der „nationalistisch“ bornierten ArbeiterInnen nur weiter vergrößern. Eine „internationale“ Orientierung ist bei ihnen überhaupt nicht vorhanden, etwa eine grundsätzliche Kritik daran, dass der weltweite Kapitalismus und Imperialismus die Ursache dafür sind, dass Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland kommen.

Eben diese fehlende antiimperialistische Perspektive ist traditionell ein Fehler eines nicht geringen Teils der deutschen „Linken“, was zu einem Einfallstor für faschistische Positionen führt.

Das führt bei manchen dazu, dass sie ihre national verengte Denkweise etwa mit Überlegungen zu kaschieren versuchen, dass die deutschen Lohnabhängigen ein Interesse daran haben müssten, dass „ihre“ Kapitalisten weniger ausländische ArbeiterInnen „ins Land holen“, da diese die Konkurrenz innerhalb der „Arbeiterklasse“ vergrößert.

Mit einer solchen „Logik“ könnten die Arbeiter auch fordern, dass die Arbeitgeber die arbeitslosen Deutschen aus dem

Land jagten, die Konkurrenz würde ja umgehend geringer. Aber nein, für die deutschen Arbeitslosen fordern wir ja Arbeitsplätze, um die Konkurrenz zu verringern. Warum dann nicht die gleiche Forderung nach Arbeitsplätzen für die nichtdeutschen Arbeiter, die „von den Unternehmern geholt“ wurden? Etwa doch, weil sie „AusländerInnen“ sind und deshalb gar nicht in der Lage, sich in die „nationale Form des Klassenkampfes“ einzufinden.

Wir können diese Diskussion in dem vorliegenden Beitrag nicht noch stärker ausweiten, weil sie sonst den Rahmen unserer Fragestellung sprengt bzw. diese aus dem Blickwinkel gerät.

Es geht uns um den Ansatz, wie antifaschistische Politik sich angesichts der sozialen Demagogie der Neofaschisten verhält. Zu diesem Problem gibt wiederum Eva Gottschaldt in ihren Thesen einen wichtigen Hinweis: „Sympathie für faschistisches Denken, faschistische Unkultur und faschistische Praxis ist nämlich keine automatische Folge von sozialem Elend. Wo es, wie in den späten 20er und 30er Jahren, eine starke Arbeiterbewegung gibt, kann Arbeitslosigkeit auch anders verarbeitet werden, weil sie dann nicht gleichbedeutend ist mit Vereinsamung und sozialer Perspektivlosigkeit, sondern die/der Einzelne nicht aus allen Bezügen herausfällt. Nicht auf positive Rückmeldung, Wertschätzung durch andere, Möglichkeiten, Können zu beweisen, sich selbst zu mögen, verzichten muss. Völlig veränderte Produktionsbedingungen sorgen dafür, dass eine Arbeiterbewegung im alten Sinne mit all ihrer Infrastruktur vom Jugendverband bis zum weltlichen Be-

stattungsverein so nie mehr entstehen wird. Wir müssen die Bezüge von Solidarität und Wertschätzung für alle auf andere Weise schaffen, aber wir müssen sie schaffen.“

Die antifaschistische Bewegung kann diese Aufgabe zur Schaffung einer heutigen Form von „Solidarität und Wertschätzung“ nicht stellvertretend für die gesamte soziale Bewegung schaffen, aber sie kann einen Beitrag dazu leisten.

Sie muss sich der schwierigen Aufgabe stellen, das solidarische Eintreten für Menschenrechte, für unteilbare soziale Rechte, für internationale Solidarität in der Praxis so zu organisieren, dass „positive Wertschätzung durch andere, Möglichkeiten, Können zu beweisen, sich selbst zu mögen“ zu einem Selbstverständnis unserer Arbeit wird.

Wir müssen unser „humanes Menschenbild“ konfrontieren mit dem brutalen und inhumanen Menschenbild der Faschisten. Es reicht nicht - so wichtig dies auch ist -, ihre „soziale Demagogie“ zu entlarven. Die hämische Kritik der Faschisten an den „Antifas“ trifft dort einen richtigen Kern, wo sie behaupten, dass wir „mit dem Volk“ in keinsten Weise verbunden sind. Sie seien es, die in den „national befreiten Zonen“ Hilfe für Alte und Schwache (Deutsche) organisieren, die bei Auseinandersetzungen mit Sozialämtern, bei Wohnungsnot und Krankheit (von Deutschen) mit Rat und Tat zur Verfügung ständen. Das sollte uns ein wenig nachdenklich stimmen.

Stephan W. Born
(Antifaschistischer Bund)

Schnelles Aus für das Cafe Germania



Nach gerademal einem Jahr mußte Anfang Dezember 1998 der Neonazi-Treffpunkt Cafe Germania in Berlin-Lichtenberg schließen. Grund für das schnelle Ende sollen Mietschulden sein; nach Gerüchten zu Folge über 10.000 DM. In einem internen Schreiben beklagt sich Ex-Cafe-Betreiber Andreas Voigt darüber, dass nicht ausreichend Nazis sein Lokal besuchten, und zum wiederholten Male die Scheiben des Cafes eingeschlagen wurden. Durch die mehrfachen militanten Angriffe gegen das Cafe Germania hatte es Voigt nach eigenen Angaben schwer ausreichenden Versicherungsschutz zu finden. Etwa monatlich war das Cafe Ziel von antifaschistischen Aktionen. Jetzt wollen es die Faschisten rund um das Cafe Germania erneut versuchen: diesmal im Berliner Umland. Sie kündigten an ein neues Cafe eröffnen zu wollen, um so auf das große rechte Potential des Brandenburger Landes zurückzugreifen.

Zwei Wochen vor dem Aus für das Cafe Germania fand eine antifaschistische Demonstration anlässlich des 6. Todestag von Silvio Meier statt. Silvio Meier war im November 1992 auf dem U-Bahnhof Samariterstraße in Berlin-Friedrichshain von Neonazis ermordet worden. Die Silvio-Meier-Demo stand unter dem Motto "Der rechten 'Kultur' entgegenreten! Weg mit dem Cafe Germania!" und führte direkt Cafe vorbei. Rund 2.500 AntifaschistInnen, zum größten Teil aus dem autonomen Jugendspektrum, beteiligten sich an der Demo, zu der auch das Bündnis gegen Rechtsextremismus Lichtenberg aufgerufen hatte. Dieses Bündnis wurde im Sommer 1998 ins Leben gerufen, um Aktivitäten und Strategien gegen den aufkommenden Rechtsextremismus im Bezirk zu entwickeln. Das Bündnis besteht aus zahlreichen Vereinen, Initiativen und Projekten aus Lichtenberg sowie VertreterInnen verschiedener linker Parteien und Antifa-Gruppen wie der Antifaschistische Aktion Berlin.

Das Cafe Germania war ein Jahr lang zentraler Treff- und Sammelpunkt der organisierten Neonaziszene von Berlin und Brandenburg. Im Cafe gingen Nazi-Schläger, Skinheads, Hooligans und rechte Jugendliche ein und aus. Monatlich fanden politische Treffen der Berliner Kameradschaften sowie Schulungen und Veranstaltungen statt. Selbst der rechtslastige CDU-Innensenat gab nach einer kleinen Anfrage im Abgeordnetenhaus bekannt, daß es sich beim Cafe um den "wichtigsten Koordinationspunkt der Neonazi-Szene in Berlin" handelt. Das Cafe Germania war als Pilotprojekt gestartet und wollte Vorbild für die Bundesrepublik sein. Vielerorts sollten ähnliche Kneipen eröffnet werden, um eine „deutschlandweite Infrastruktur von Nazi-Objekten“ zu schaffen, so ein Rundschreiben vom Juni 1998.

Den Faschisten aus dem Cafe Germania wurden diese Pläne vorerst gündlich verdorben! Statt einer Infrastruktur zu etablieren, wurden sie immer wieder attackiert. Breiter antifaschistischer Widerstand in den verschiedensten Formen hat das "Projekt Cafe Germania" verhindert! Auch in Zukunft gilt: Antifa heißt Angriff! Organisiert den revolutionären Widerstand!

Antifaschistische Aktion Berlin, Dezember 1998

DEMONSTRATION GEGEN DIE POLIZEIÜBERGRIFFE IN DUISBURG

Am Samstag, 10. Januar, demonstrierten gut 200 Menschen, überwiegend „ausländischer“ Herkunft, vom Johannismarkt in Duisburg nach Duisburg-Marxloh. Anlass waren die seit zwei Jahren in unregelmäßigen Abständen immer wieder durchgeführten repressiven Maßnahmen der Duisburger Polizei gegen kurdische und türkische Kulturvereine und - in der jüngsten Vergangenheit - auch gegen das Duisburger Kulturzentrum „Fabrik“, das sich mit den betroffenen Vereinen solidarisiert hatte.

Allein seit dem 9. Januar 1997 gab es in Duisburg-Marxloh etwa 30 Hausdurchsuchungen. Je nach Fall betraten 15 bis 30 Beamte die Räume, zum Teil schwerbewaffnet. Sogar Kinder und Jugendliche mussten sich an die Wand stellen und abtauchen lassen. Durch die andauernden Polizeiübergriffe wurde ein Klima ständiger Einschüchterungen geschaffen.

Die legalen kurdischen und türkischen Kulturvereine organisieren kulturelle Veranstaltungen und helfen Flüchtlingen bei Asylanträgen. Sie haben sich außerdem zum Ziel gesetzt, für politische Rechte von Einwanderern in Deutschland und für eine Demokratisierung in der Türkei einzutreten.

Das Ziel der Polizeiübergriffe ist es, diese vereine immer wieder als kriminelle Vereine in der Öffentlichkeit darzustellen. Ein Beispiel solcher Kriminalisierungsversuche in der letzten Zeit:

Am 24. September 1998 wurden zwei Vereine und die Duisburger „Fabrik“ von der Polizei durchsucht. Die offizielle Begründung für diese Aktionen sind staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen eine junge Immigrantin aufgrund eines Flugblattes, einzig und allein deshalb, weil in diesem die zahlreichen Polizeiübergriffe als „nicht rechtmäßig“ bezeichnet wurden.

Ein solcher Vorgang ist als solcher schon ein Skandal.

Seit wann hätte ein Staatsanwalt in Deutschland „das Recht“, gegen irgendjemanden zu ermitteln, nur weil dieser Maßnahmen der Polizei als „nicht rechtlich“ bezeichnet? Es gibt eine nicht geringe Zahl von Polizeimaßnahmen, die in Gerichtsurteilen als „offenkundig nicht rechtlich“ bezeichnet wurden. So wurde beispielsweise die Verbotsverfügung der Recklinghäuser Polizei gegen ein vom dortigen Internationalen Freundschaftsverein geplantes Konzert mit der türkisch-kurdischen Musikgruppe „Grup Yorum“ als „offenkundig nicht rechtmäßig“ von einem Gelsenkicher Gericht verworfen, woraufhin die Polizei - nach drei

jahren - ihre Verbotsverfügung zurückzog.

Der IFV hatte selbstverständlich in der Öffentlichkeit das Verbot als „nicht rechtlich“ angeprangert - nach Logik des Duisburger Staatsanwaltes hätte der verein ebenfalls mit Ermittlungsverfahren verfolgt werden müssen.

Handelt der „Rechtsstaat“ in Deutschland mit unterschiedlichen Maßen?

Formal gesehen gilt „gleiches Recht für alle“.

Allerdings ist „Recht“ kein abstrakter Wert, sondern von der Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse abhängig und ein Spiegelbild derselben.

„Demokratische Rechte“ haben zum einen keinen „Ewigkeitswert“ - das beweist der Abbau zahlloser „demokratischer Rechte“ (wie beispielsweise das Recht auf uneingeschränkten Schutz der persönlichen Wohnung vor staatlicher Überwachung), zum anderen gilt nach wie vor, dass noch lange nicht „Recht bekommt“, wer - auf dem Papier - auch „recht hat“.

Zum politischen Hintergrund der Duisburger Polizeiübergriffe

Selbstverständlich ist der politische Hintergrund der Duisburger Polizeimaßnahmen die „untersuchende Tätigkeit“ diverser obskurer Vereine wie „Verfassungsschutz“, „Staatschutz“ oder „Bundeskriminalamt“, die erst einmal jeden ausländischen Verein als potentiellen Verfassungsfeind verdächtigen - allerdings geschieht kurz nach Beginn der „Beobachtungen“ in der Regel folgendes: Vereine, hinter denen sich offenkundig türkische Faschisten und Fundamentalisten verbergen, verlieren schlagartig das Interesse der „Verfassungsschützer“.

Vereine aber, die öffentlich nur

einmal Sätze von sich geben wie „Schluss mit der Folter in der Türkei“, „Freiheit für die politischen Gefangenen“ oder „Weg mit den Vereinsverboten gegen kurdische Organisationen“, sind für die „Beobachter“ genauso schlagartig („raster“förmig) eingeordnet: „Linksextrem“.

Dass die Folge ein nunmehr „besonderes“ Interesse der Herren (es sind nach unseren Erfahrungen tatsächlich in erster Linie „Herren“) ist, liegt auf der Hand. Und wenn solche Vereine es sogar „wagen“, eine Zurücknahme der verbote von Organisationen wie PKK oder DHKP-C zu fordern, gibt es kein Halten mehr: Solche vereine können nur „Tarnorganisationen“ des „Terrorismus“ sein - der Staat ist jetzt offenkundig in seiner „Existenz“ bedroht und muss entsprechend „nachhaltig“ agieren.

Da zwischen den „beobachtenden“ Organen und örtlichen „Vollzugsorganen“ meist beste Übereinstimmung besteht, wird in der Regel „schlagartig“ gehandelt, und das oft in wörtlichem Sinne.

Was kann man tun?

Es gibt nur eine wirksame Gegenmaßnahme: Umgehend und so breit wie möglich öffentlichen Widerstand organisieren, die politischen Hintergründe derartiger Maßnahmen in allen Einzelheiten aufdecken, jede „unrechtmäßige“ Handlung nicht nur politisch anzuprangern, sondern auch mit „rechtlichen“ Gegenmaßnahmen zu beantworten, die Freiheit der Meinungsäußerung, die die Meinungsfreiheit anders, auch revolutionär denkender, Menschen und ihrer Organisationen einschließt, offensiv zu verteidigen.

Ein solcher, von einem breiten demokratischen Konsens getragener, Widerstand kann kurzfristig derartige Angriffe zurückdrängen - auf Dauer verhindern kann er sie nicht.

Internationale Solidarität ist eine Waffe!

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!

(Antifaschistischer Bund)

Judenverfolgung in Hertzen

Teil 2

„Kristallnacht!“

*Das funkelt, blitzt und glitzert wie bei einem Fest!
Es ist längst Zeit, daß diese böswillig-
verharmlosende Bezeichnung
zumindest aus der Geschichtsschreibung verschwände.*

Avraham Barkai

7.1 Anweisungen an die Presse

„Streng vertraulich! Nur zur Information! Muß geheimgehalten werden!“
So sollte die Anweisung Nr. 563/38 aus Berlin vom 10.11.1938 behandelt werden. Darin hieß es:

„Zu den Ereignissen der letzten Nacht im ganzen Reich erklärte Braeckow, die Zeitungen könnten im Anschluß an die heute morgen herausgekommene

DNB-Meldung Eigenberichte über die Vorfälle bringen, also feststellen, daß hier und da Fensterscheiben in Trümmer gegangen seien und auch Synagogen in Flammen aufgegangen seien. Er bat, die Berichte nicht allzu groß aufzumachen, vor allem keine Schlagzeile auf der ersten Seite zu bringen. Auch bittet er, vorläufig noch keine Bilder zu bringen. Es sollen auch keine Sammelmeldungen aus dem Reich erscheinen. Selbstverständlich könnten die Zeitungen in ihren Berichten feststellen, daß es auch in anderen Teilen des Reiches zu einer begreiflichen Empörung und zu entsprechenden Aktionen der Bevölkerung gekommen sei.“

Einen Tag später, am 11.11.1938 erreichte die Redaktionen folgender Zusatz:

„... Anschließend sagte Braeckow, es sei anzunehmen, daß die Zeitungen im Laufe des Nachmittags zum Judenproblem noch eine Sprachregelung bekommen würden. Es stehe aber nicht fest, ob deswegen eine Presse-konferenz stattfindet. Er - Braeckow - nehme an, daß eine große Zeitung oder das DNB einen von prominenter Seite geschriebenen Artikel bekämen, der dann die Kommentarrichtlinien für die übrigen Zeitungen darstelle. Heil Hitler! I.A. Schulze“

Die so vorgegebenen „Richtlinien“ für die Berichterstattung, wurden im Kreis Recklinghausen „selbstverständlich“ eingehalten. Auf diese Weise sollten die Ereignisse, die reichsweit mehr als 90 Todesopfer, Vergewaltigungen und sonstige Körperverletzungen, dazu Inhaftierungen von 30000 Juden in KZs bedeuteten, den angerichteten

materiellen Schaden nicht eingerechnet, heruntergespielt werden.

7.2 Die Besprechung im Reichsluftfahrtministerium

Kurz hingewiesen wurde bereits auf die Besprechung im Reichsluftfahrtministerium vom 12. November 1938. Dort offenbarte Göring nicht nur seine unmenschliche Seite, indem er über die verlorengegangenen materiellen Werte klagte, wobei ihm die Menschenleben völlig egal waren, sondern in dieser Sitzung wurden außerdem noch eine Reihe von anderen Maßnahmen besprochen, die insgesamt die schon schwere Lage der Juden im Deutschen Reich noch zusätzlich unerträglicher machen sollte.

In dieser Sitzung wurde festgelegt, daß die Juden die von den Nazis angerichteten Schäden der Pogromnacht selbst zu bezahlen hatten. Die Versicherungsunternehmen sollten zwar Schäden abgelten, die ausbezahlten Versicherungssummen sollten die Finanzbehörden allerdings gleich wieder kassieren. Auch die Festlegung der „Kontribution“ mit **Erste Seite des „Verzeichnisses über das Vermögen von Juden“** *Stadtarchiv 3146/107* einer Milliarde Reichsmark war nur deshalb möglich, weil die Nazibürokratie im Laufe des Jahres 1938 bereits das vorhandene Vermögen der Juden „erfaßt“ hatte.

Auch in Herten wurde ab Frühjahr 1938 das Vermögen der jüdischen Einwohner systematisch erfaßt. Zu diesem Zweck gab es ein Formular, das in vierfacher Ausfertigung ausgefüllt und an die Stadt zurückgegeben werden mußte. Vier Formulare bedeutete, daß Partei, Stadt, Finanzamt und die Industrie- und Handelskammern Hand in Hand bei den noch anstehenden „Arisierungen“ arbeiten konnten. Dies waren die Stellen, die über die Vermögenslage der Juden informiert waren. Barkai macht besonders darauf aufmerksam, wie „gut“ die Summe dem verfügbaren „flüssigen“ Mitteln der Juden angepaßt wurde, denn eine Nachforderung ist nur dann möglich, wenn bekannt ist, was noch „aufzubringen“ wäre.

„Bereits am 21. November 1938 folgte die erste Durchführungsverordnung zum Einzug der »Sühneleistung«, die beweist, wie sehr die früheren Vorbereitungen für die Ausplünderung der Juden nutzbar gemacht werden konnten. Die Kontribution wurde aufgrund der Vermögensanmeldung vom 26. April von jedem Juden einzeln erhoben in Form einer zwanzigprozentigen Abgabe von der

Vermögenssumme, die in vier Teilbeträgen bis zum 15. August 1939 zu zahlen war. Inzwischen eingetretene Vermögensänderungen wurden von den mit der Eintreibung beauftragten Finanzämtern nur auf beson-

dere Anordnung der höheren Verwaltungs-behörden berücksichtigt. Im Oktober 1939 wurde die Abgabe auf 25% des angemeldeten Vermögens erhöht, da angeblich der Betrag von einer Milliarde RM nicht erreicht worden war. Tatsächlich brachte die Kontribution 1,127 Milliarden RM ein, ungerechnet die 225 Millionen RM, die die Versicherungsgesellschaften dem Reich für die Schäden des Pogroms zu zahlen hatten. Rechnet man die Beträge der »Reichsfluchtsteuer« hinzu, die in der Zeit nach dem Pogrom bis zum Kriegsausbruch von jüdischen Auswanderern erhoben wurden, so ergibt sich eine Summe von über 2 Milliarden RM, die in dieser Zeit aus jüdischem Besitz unmittelbar an das Reich fielen. »Arisierungsgewinne« von Einzelpersonen oder »Spenden« und »Abgaben« an Parteistellen sind in dieser Summe nicht enthalten.“

Görings Wehklagen über die vernichteten Vermögenswerte hatten einen sehr klar definierten Hintergrund. Göring „brauchte“ das jüdische Vermögen, es war bereits für die Kriegsvorbereitungen eingeplant. Göring, eingesetzt als Beauftragter für den „Vierjahresplan“, verstand deshalb die Vernichtung der Vermögenswerte in doppelter Hinsicht als „Sabotage“, weil zunächst Devisen notwendig waren, um die Schäden zu beseitigen, außerdem standen diese Devisen und das Vermögen nicht mehr zu seiner Verfügung, um kriegswichtige Rohstoffe auf dem Weltmarkt zu kaufen.

Am 12. November wurde die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben per Verordnung auf den Weg gebracht. Ab 1. Januar 1939 wurden alle wirtschaftlichen Betätigungen für Juden verboten, außer sie betätigten sich innerhalb der eigenen Reihen. In der Sitzung am 12. November wurden weiter angesprochen

- 1 die Kennzeichnung der Juden durch Uniform oder Abzeichen,
- 2 Ghettoisierung der Juden,
- 3 Verbot der Teilhabe an kulturellen Einrichtungen (Theater, Kino, Zirkus)
- 4 Beschränkungen im Verkehr,
- 5 Kennzeichnung von Parkbänken - „Nur für Juden“,

7 Entfernung der jüdischen Kinder aus den Schulen.

Einige der angesprochenen Maßnahmen existierten real schon in verschiedenen Städten, andere wurden später umgesetzt. Aber letztlich wurden alle angesprochenen Diskriminierungen irgendwann Realität, auch Görings Ankündigung:

„Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpo-

liti-sche Konflikte kommt, so ist es selbstverständlich, daß wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen.“

Göring kannte den absehbaren Zeitraum. Seine Vierjahresplan-Behörde befand sich in der Vorbereitung des „außenpolitischen Konfliktes“, sprich des Krieges. Deutsche Historiker lassen daran inzwischen keinen Zweifel mehr.

7.3 Das Schicksal der Abgeschobenen

Der Krieg, der in Deutschland, u.a. mit dem den Juden gestohlenen Vermögen vorbereitet wurde, erreichte die am 28. Oktober 1938 abgeschobenen Juden in Polen ein Jahr später. Die Notunterkünfte in Zbaszyn waren noch nicht lange verlassen, als am 1. September 1939 deutsche Truppen über Polen herfielen. Die eroberten Gebiete wurden hinter der Front „gesäubert“. SA-, SS und Polizeikommandos fielen über die Menschen her und ermordeten, was ihnen unter die Finger kam - besonders aber die Juden kamen 1939 in Sie waren verantwortlich für die erste Mordwelle in Polen. Im Jahr 1941 war auch der Polizeibataillon 316 aus Recklinghausen bei der Ermordung von 1000 Menschen, zu meist Juden, in Bialystok dabei.

Anmerkung der Redaktion: Wir bedanken uns erst mal für den eingesandten Artikel und die Mühe, die damit gemacht wurde. Leider würden aber die Anmerkungen für die Fußnoten schon eine „Broschüre“ füllen, so daß wir sie nicht abgedruckt haben. Wer dennoch Interesse hat, sich dazu näher zu informieren, kann die Fußnoten bei der im Impressum angegebenen Adresse anfordern,

In der Widmung der „Materialien“ ist am Ende bei drei Personen, bei Karl und Salomon Zwiebel und bei Hermann Kohn, der Vermerk „im Generalgouvernement umgekommen“ angegeben. Sie, die drei aus Hertener und Westerholt abgeschobenen Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit, sind den „Säuberungsaktionen“ hinter der Frontlinie zum Opfer gefallen. Wie und wo sie ums Leben kamen, wird nicht mehr zu ermitteln sein. Es sind zu viel, die auf diese Weise ums Leben kamen. Im Gedenkbuch des Bundesarchivs findet man einen Teil dieser Opfer im Anhang. Dort sind die Namen derjenigen, die „unbekannt verschollen“ sind, aufgelistet. Man findet in diesem Anhang auch die Hertener Familie Feuerstein wieder, die von Recklinghausen aus im Juli 1939 noch nach Polen abgeschoben wurde.

DIE BARACKE IN SCHERLEBECK

(Aus: Materialien zur einer Geschichte der jüdischen Einwohner Hertens, Verfasser Hans Heinrich Holland, Herausgeber: Aktionsbündnis gegen Neofaschismus gedruckt mit Unterstützung der Stadt Hertens, November 1998)

Nach langer Suche ist endlich der ehemalige Standort der letzten Unterkunft der Hertener Juden gefunden. Die Adresse, Außenbereich 11 oder Marler Str. 167, müßte heute lauten: Im Bockholter Winkel 11.

Im Jahr 1958 erwarben die heutigen Bewohner des Hauses das Grundstück, das direkt an der Stadtgrenze zu Recklinghausen liegt, von der Stadt Hertens. Von der Unterkunft für die letzten Hertener Juden wissen die Bewohner nichts, die Stadt hatte jedenfalls beim Erwerb durch die neuen Eigentümer des Grundstückes nichts derartiges mitgeteilt.

Wie dem auch sei, die Lage des Grundstückes macht einiges deutlich: Das Verdrängen direkt an den Stadtrand sollte den Hertenern das Problem "Juden" aus dem Blickfeld rücken. Niemand war in der Lage zu beobachten, was mit den Menschen geschah. Irgendwann vor dem 27. Januar 1942 konnten diese Menschen dort abgeholt werden und zur Deportation vorbereitet werden, ohne daß irgend jemand mitbekommen konnte, was mit den Menschen geschah.

Um einkaufen zu können und in den Ortsteil Scherlebeck zu kommen, mußten die Abrahams und Mendlickis mindestens 20 Minuten laufen, nach Recklinghausen sicherlich länger als 30 Minuten oder nach Marl möglicherweise noch länger. Dabei darf nicht vergessen werden, daß diese 4 Menschen damals bereits 60 Jahre alt waren und älter.

Mit der Straßenbahn zu fahren dürfte ebenfalls nicht so einfach gewesen sein, denn die Beförderungsbedingungen der Vestischen sahen ab Oktober 1941 drastische Beschränkungen für die Mitnahme von Juden vor. Dies war möglich geworden, nachdem Juden ab dem 1. September 1941 nur noch mit dem Judenstern "gekennzeichnet" auf die Straße durften.¹

Die Suche nach dem Standort der Baracke im Außenbereich war sehr aufwendig, weil es zunächst keinerlei Anhaltspunkte gab. In Schreiben tauchte sowohl die Ortsangabe Scherlebeck auf, Außenbereich 11, wie auch die Straßenangabe Marler Str. 167. Dazu muß man wissen, daß es auf Hertener Gebiet eine Marler Straße von Langenbochum nach Marl gab. Von der Schlägel und Eisenstr., dem heutigen Verlauf der Mühlenstraße folgend, führte diese Marlerstr. auch durch den westlichen Teil von Scherlebeck nach Marl. Die Ortsangabe Marler Straße meinte aber die Straße von Recklinghausen nach Marl, heute die Bundesstraße 225, die sich ausschließlich auf Recklinghäuser Boden befindet. Die Stadtgrenze verläuft etwa 50 Meter südlich der Straße.

Nachdem ein Dokument aufgefunden wurde, nämlich die Auftragsvergabe an ein Haltemer Unternehmen zum Bau der Baracke, an die sowohl eine Skizze der Baracke als auch eine Bleistiftskizze des Standortes angefügt war, erst dann war eine gezielte Suche möglich. Ein Aufruf über die Presse Anfang des Jahres 1998 brachte leider auch nicht die gewünschten Hinweise, so daß man davon ausgehen muß, daß selbst die alten Scherlebecker den Standort der Judenbaracke kaum kannten.

Den Bemühungen des Liegenschaftsamtes, insbesondere dem Einsatz von Herrn Wieczorek ist es zu verdanken, daß nun nach fast 60 Jahren dieser Standort bekannt ist.

¹ Vgl. Bekanntmachung Nr. 447 des Vestischen Straßenbahnen vom 3.10.1941

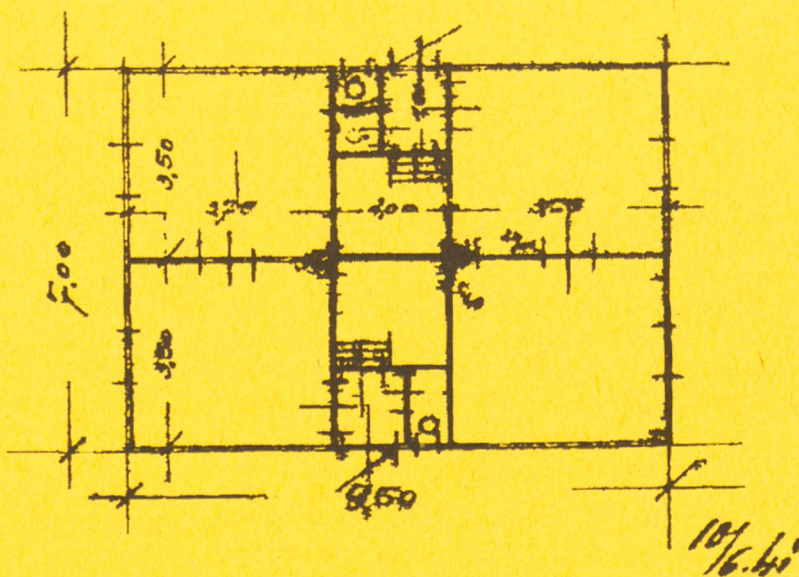
Vermutungen, wo denn nun diese Baracke gestanden haben könnte gab es immer schon. Auch der frühere Stadtarchivar Glinka vermutete die Baracke an der Marler Straße von Recklinghausen. Aber den genauen Ort vermochte auch er nicht aufzuzeigen.

Warum war es nun so wichtig, den genauen Standort zu finden? In der Bewertung oben, was denn der Standort für die dort leben müssenden Hertener Juden bedeutete, wird schon deutlich, daß sich daraus auch der Umgang der Stadt mit diesen Menschen ableiten läßt. Auf solche Einschätzungen ist man angewiesen, denn über Vergleiche mit anderen Städten kann man dann auch sagen, ob diese Menschen hier besser oder schlechter behandelt wurden als anderswo. Gerade in Hertener gibt es eine Reihe von Äußerungen von Leuten, die hier und dort "Schlimmeres" verhindert oder darauf hingewirkt haben wollen, daß man menschlicher mit den Juden umging. Solche Äußerungen gibt es geradezu "unanständig" viele, sie alle müssen sich an der Realität messen lassen. Bisherige Erfahrung ist, daß diese Äußerungen im Raum stehen, aber die geradezu schlechte (bisherige) Informationslage zu dem, was in Hertener tatsächlich geschah, kaum Möglichkeiten zuläßt, die Aussagen zu bestätigen oder zu widerlegen.

Nachdem am 18. September 1998 erstmals klar wurde, wo die Baracke stand, erst da wird es möglich, die anderen "Gemeinheiten" und "Schickanen" ebenfalls zu beurteilen. Jetzt kann erst beurteilt werden, was es heißt, nur noch in einem festgelegten bestimmten Laden einkaufen zu dürfen, was es bedeutet, mit dem Judenstern bestimmte Orte aufsuchen zu müssen, welche Konsequenzen die Beförderungsbedingungen der Vestischen für die Betroffenen hatte, usw.

Die eigentliche Arbeit der historischen Aufarbeitung kann nun erst beginnen.

Wohnbaracke für die Stadt Hertener.



Mit allerlei Kunstgriffen wurde ein Dokument behandelt, damit die Baracke, die in Scherlebeck durch die Stadt errichtet wurde, auf der Skizze halbwegs erkennbar wurde. Die Skizze wurde dem Hersteller in Haltern zur Verfügung gestellt.



Kartenausschnitt: Gegenüber der Gaststätte Sonderkamp führt der Weg "Im Bockholter Winkel" zum ehemaligen Standort der Baracke. Die Übersicht zeigt, wie abgelegen der Standort war.

NATIONAL BEFREITE ZONEN

Info-Veranstaltung im Bert-Brecht-Zentrum Recklinghausen

Mit etwa 25 interessierten ZuhörerInnen diskutierten am 18.12.98 im Recklinghäuser Bert-Brecht-Zentrum zwei Referenten aus Berlin, die in den vergangenen Monaten das faschistische Konzept der „National befreiten Zonen“ genauer unter die Lupe genommen hatten. In einem ausführlichen Beitrag stellten sie die theoretische Konzeption und die praktischen Erfolge dar, die die Nazis mit diesem Projekt bisher erzielten. Zur Veranschaulichung wurde ein Videofilm gezeigt.

An den Anfang stellten sie eine kurze Analyse der Selbsteinschätzung der Faschisten über ihr augenblickliches Kräftepotential. Danach wird die augenblickliche Situation von den Nazis als ein Zustand zwischen „hoffnungsvollem Anfang“ und „hilfloser Agitation“.

Die Nazis schätzen demnach ihre Chancen angesichts des augenblicklichen Machtpotentials des Staates realistisch als „bescheiden“ ein, die aktuell vorrangige Aufgabe des „nationalen Befreiungskampfes“ sei es, die „nationale Volksgemeinschaft“ zu schaffen. Es gehe um den „Kampf um die Köpfe und den Kampf um Freiräume“.

Bei ihrer Organisationsweise stützten sie sich auf kleine Zellen politisch Gleichgesinnter und benötigten keinen großen Apparat. Im „Kampf auf der Straße“ soll das „Protestpotential“ herangeführt werden. Es sollen Grundlagen geschaffen werden, den „Schlägen des Systems“ auszuweichen und eine „innere Befreiung vom System-

denken“ zuerreichen. Praktische Schritte seien, vor allem im Bereich der Musik- und Kulturszene die „nationale Hegemonie“ zu erringen sowie das Erobern von Gebieten, in denen sie praktisch die Kontrolle ausüben (wie z. B. in Hoyerswerda). Entscheidendes Kriterium einer solchen „national befreiten Zone“ sei, dass die Faschisten hier so agieren, wie sie es wollen, und keiner sie angreift.

Die „theoretische“ Untermauerung dieses Konzeptes

sei in der Adaption (Aneignung) von Ideen der revolutionären Linken (vor allem in den Auffassungen Gramscis) über „kulturelle Hegemonie“ zu finden.

Schon bei diesen Ausführungen stellte sich die Frage, ob faschistische Inhalte in „linke Formen“ gebracht werden können.

Die Referenten nannten als Beispiele für schon vorhandene „Zonen“: Den „Club 88“ in Münster und das „Nationale Jugendzentrum“ in Wurzen. In diesem Jugend-



Jugendclub „Harzblick“ in Wernigerode – national „befreit“?

zentrum läge die Leitung in der Hand von NPD/JN und „freien autonomen Kameradschaften“, gefördert von Nazi-Streetworkern, begrüßt durch die politische Führung der Stradt Wurzen. Durch die Schaffung eines Klimas der Angst erreichten die Nazis es, dass Gegner und Staatsgewalt zurückwichen, oft könnten sie sich auf Mitläufer bei der Polizei stützen, auch wenn man hier noch nicht von einer festen Struktur sprechen könne. Die Nazi-Skin-Szene sei in bedeutendem Maße im „kriminellen Milieu“ tätig, wobei die Justiz in der Regel „beide Augen zudrücke“. Stattdessen werde bei den faschistischen Gewalttätern „Anti-Aggressions-Training“ veranstaltet und „Abenteuer-Urlaube“ organisiert. Die oft arbeitslosen Eltern der jungen Nazis würden zumeist nur die Alternative „Kommunismus“ oder „Nationalsozialismus“ kennen, Erziehung betrachteten sie oft als alleinige Aufgabe des Staates. Ohne Vorbilder und gesellschaftliche Zusammenhänge gingen die rechten Jugendli-

chen meist bodenlos leichtfertig mit ihrem Leben um, während der größte Teil der Bevölkerung sich durch Wegschauen und Verharmlosung hervortue. Führende Politiker wie Bernd Seite in Mecklenburg-Vorpommern stellten die Realität entgegen der Informationen von Polizei und Verfassungsschutz bewusst verfälschend dar. Die NPD-Spitzenkandidaten in MV, Thorsten Kowalski und Hans-Günter Eisenecker, signalisierten offen, mit den alten DDR-Kadern zusammenarbeiten zu wollen. Der „Sozialismus“ der DDR werde nicht etwa verteufelt, sondern als „positiver“ Ansatz aufgegriffen. Länder wie Nordkorea und China würden als Bündnispartner angesehen, ebenso islamische Fundamentalisten, die „gegen den US-Imperialismus“ kämpften. Manfred Roeder betreibe ungedindert seine Volksverhetzung, indem er im Wahlkampf z.B. Über H.Kohl behauptete, dieser „werde Deutschland abschaffen“,

solche „Volksvertreter hätten den Tod verdient“. Der Bürgermeister von Wolgast, der als einziger seines Ortes gegen die zunehmende Nazi-Herrschaft in einem Fernseh-Interview öffentlich auftrat, wird seitdem mit Drohanrufen überzogen, kein Mensch im Dorf traue sich, für ihn Partei zu ergreifen. In solchen Zonen seien mobile Einsatz-Trupps tätig, die alles unter die Lupe nähmen, was fremd sei. Im Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen hätten sich der Nazi-Demonstration in Rostock viele angeschlossen, und zwar nicht nur Nazi-Glatzen, sondern 'ganz normale Leute' aller Altersstufen. Für die Nazi-Funktionäre sei der „Skin“ die unterste soziale Schicht, er passe nicht in das „Weiße-Weste-Bild“, das sie gegenüber der Öffentlichkeit darstellen wollen. Dennoch seien die Nazi-Skins natürlich willkommene Hilfskräfte. **Insgesamt hinterließ die Veranstaltung eine gewisse Ratlosigkeit.** WT

Theater Kunst

Jonglieren

Artistik




Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstage 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

MENSCHENRECHTSFREIE ZONE IM FRANKFURTER FLUGHAFEN

Internierungslager für Flüchtlinge muss weg

Knapp 70 Menschen protestierten am 14.12. im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens gegen die Fortdauer der inhumanen Zustände bei der sogenannten Flughafenregelung für AsylbewerberInnen. Unter Federführung der Bundesregierung, mit Hilfe des Bundesgrenzschutzes als ausführendem Organ, werden dort AsylbewerberInnen auf engstem Raum kaserniert und - in der Regel - im Schnellverfahren aus Deutschland wieder abgeschoben.

Seit langem protestieren Menschenrechtsorganisationen wie "Pro Asyl" und Landesflüchtlingsräte gegen ehe inhumanen Zustände im Frankfurter Internierungslager auf dem Flughafengelände. Hatten sie sich von der neuen Bundesregierung eine Änderung dieser Zustände erhofft, wurden sie - wie in so vielen anderen Hoffnungen - bitter enttäuscht. Innenminister Schily, der in der ersten Dezemberwoche die Unterkünfte besuchte, wies jede Kritik an "seinen Beamten" zurück. Diese nähmen "ihre Aufgaben in sehr sensibler und vernünftiger Form wahr." (vgl. FR vom 12.12.98)

Wie dies in der Praxis aussieht, zeigt der folgende, von "Pro Asyl" veröffentlichte, Bericht: **Skandalöse Ermittlungsmethoden im Asylverfahren - Gefolterter Priester musste vorsingen!**

"Mir wurde ein Revolver an die Stirn gehalten, oberhalb der Nase und danach hat man geschossen. Auch musste ich mich nackt ausziehen, dann hat man den Revolver an meinen After gehalten und es wurde ebenfalls gefeuert."

Dies berichtete ein 40jähriger Priester aus der Demokratischen Republik Kongo, als er auf dem Frankfurter Flughafen

landet. Bei der Befragung durch den Bundesgrenzschutz gibt er an, Augenzeuge eines Massakers gewesen zu sein, das Truppen des Präsidenten Kabila an Hutu-Flüchtlingen verübten. Er habe daraufhin internationale Journalisten über die Greuelthaten informiert und diese in seinen Predigten verurteilt.

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge greift zu seltsamen Untersuchungsmethoden. Anstatt - wie es die Aufgabe des Amtes ist - die Angaben über politische Verfolgung, erlittene Folter und Scheinhinrichtung aufzuklären, wird der Flüchtling gedemütigt. Seine Angabe, Priester zu sein, wird in Zweifel gezogen und es findet ein entwürdigendes Schauspiel statt:

Der Priester muss vor den Behördenvertretern auf lateinisch die Laudes vorsingen, alle Apostel aufzählen, die Namen der Stämme Israels nennen, den Gottesbeweis des Heiligen Augustinus erläutern und Hegels

Dialektik erklären.

Die Entscheidung des Bundesamtes nach diesen merkwürdigen Ermittlungsmethoden ist erschütternd. Kein Wort zur Glaubwürdigkeit des Zeugen über das Massaker, kein Wort zur erlittenen Folter. Stattdessen eine Begründung, als deren Urheber man eher ein mittelalterliches Inquisitionsgericht vermuten würde: *"Gerade das abgeschlossene Theologiestudium kann dem Antragsteller nicht geglaubt werden. (...) Der Antragsteller läßt selbst grundlegendes Wissen zu den Glaubensinhalten der katholischen Kirche vermissen."*

Der Asylantrag wird als *"offensichtlich unbegründet"* abgelehnt - ohne auf die dargelegten

Fluchtgründe einzugehen. Ab diesem Moment ist höchste Eile geboten, denn die Abschiebung des Flüchtlings steht unmittelbar bevor.

"Pro Asyl" schaltet das katholische Missionswerk MISSIO

PRO ASYL

Förderverein PRO ASYL e.V.

Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge

Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M., Telefon (069) 230688, Telefax (069) 230650

internet: <http://www.proasyl.de>, e-mail: proasyl@proasyl.de

Spendenkonto-Nr. 8047300, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00

ein. MISSIO kann bestätigen, woran niemand außer dem Bundesamt zweifelt: Der genannte Flüchtling sei "in der Tat vom Berufsstand her Priester."

"Pro Asyl" geht an die Öffentlichkeit und macht sowohl den Fall als auch die Vorgehensweise des Bundesamtes publik.

"Pro Asyl" hilft bei der Einleitung weiterer juristischer Schritte.

Wie in vielen Fällen zuvor führt auch hier die Kombination von wirksamer Öffentlichkeitsarbeit und juristischer Hilfe zum Erfolg: Die Zurückweisung wird ausgesetzt, der Priester darf einreisen, über seinen Asylantrag wird neu entschieden.

Die gesamte deutsche Asylpolitik ist inhuman

Menschenrechtsorganisationen wie "Pro Asyl" leisten eine vorbildliche Arbeit, dennoch ist auch ihnen klar, dass sie nur in Einzelfällen helfen können - die übergroße Mehrheit der AsylbewerberInnen in Deutschland wird nach wie vor in menschenrechtsverletzender Weise untergebracht, die übergroße Mehrheit der Asylverfahren wird mit dem Stempel "offensichtlich unbegründet" abgeschmettert und für die wenigen, die ihr Asylverfahren erfolgreich beenden, gibt es keinerlei gesellschaftliche Perspektive. Deutschland betreibt unter der neuen Regierung die alte Politik wei-

ter: Am liebsten keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, am besten alle AsylbewerberInnen so schnell wie möglich abschieben, "dahin, wo sie hergekommen sind". Aber so offen darf man das natürlich nicht sagen, man hat ja auch eine gewisse demokratische Wählerklientel.

So heißt es denn auch im Koalitionsvertrag zur Frankfurter Flughafenregelung, dieses Schnellverfahren solle "überprüft" werden - was bei den MenschrechtlerInnen die vage Hoffnung wachhalten soll, "Rot-Grün" werde vielleicht doch ein wenig menschenwürdigerer Verhältnisse schaffen.

Dass dem nicht so ist, zeigt allein schon die Tatsache, dass diese Regierung nicht einmal das menschenunwürdigste Gesetz der Kohlregierung, das "Asylbewerberleistungsgesetz", abschaffen wird.

Auf der Kundgebung in Frankfurt sprach auch ein Vertreter der Roma Union Frankfurt. Er berichtete, dass trotz der hunderttausenfachen Morde an Roma und Sinti im Nazi-Faschismus auch heute Roma und Sinti besonders entwürdigend behandelt würden. Deutschland habe auch mit der rumänischen Regierung ein sog. Rückführungsabkommen geschlossen, das Rumänien verpflichte, abgeschobene Roma und Sinti wieder aufzunehmen. So wie diese Menschen in verschiedenen osteuropäischen Staa-

ten erniedrigt und diskreditiert würden, so widerfahre ihnen gleiches in Deutschland. Er sagte, dass es gegenüber den Menschen, die verächtlich "Zigeuner" genannt würden, im heutigen Deutschland wieder einen breiten rassistischen Konsens gäbe - von links bis rechts. Er habe schon vor einem Monat einen Brief an die neue Ausländerbeauftragte, Marilise Beck (B 90/Die Grünen), geschrieben und gegen die rücksichtslose Abschiebung von Roma und Sinti protestiert. Sie habe ihm bis heute nicht geantwortet.

Ein Arzt von IPPNW ("Ärzte gegen Atomtod") erwähnte auf der Kundgebung in seinem Beitrag, schon 1991 habe die NPD in Frankfurt ein Internierungslager für Flüchtlinge auf dem Frankfurter Flughafen gefordert. Damals sei dies von allen Parteien entrüstet abgelehnt worden - heute sei die NPD-Forderung traurige Realität.

Die Veranstalter machten deutlich, dass Abschiebungen nicht die skandalöse Ausnahme bei der Behandlung der Flüchtlinge darstellten, sondern lediglich den Alltag "rechtsstaatlich und demokratisch legitimierter Inhumanität" in Deutschland. Der Kampf um die Abschaffung des Flughafenverfahrens stelle lediglich einen Schritt in Richtung einer Gesellschaft mit offenen Grenzen dar.

KEIN MENSCH IST ILLEGAL!

GOLDHAGENS (B)LIN(D)KE FREUNDE

Verdauungsprobleme mit Goldhagens „Hitler's willing executioners“

Nun ist's über 2 Jahre her, dass Daniel Goldhagen, der junge Soziologe aus den USA, mit seinem Buch und seinem Auftreten deutsche Historiker, inclusive der als marxistisch betrachteten, in den Schatten stellte, von diesen überwiegend als unwissenschaftlich angegriffen wurde, aber beim Publikum einen Erfolg, wie wohl noch kein solcher vor ihm, hatte - mit seinen Thesen über „Hitlers willige Vollstrecker“.

Bei der kapitalismuskritischen Antifa und Linken, die Goldhagens Arbeit positiv aufnahm, zeigten sich nach einiger Zeit bei der geistigen Verarbeitung Schwierigkeiten und Angst vor den Konsequenzen. Erst durch die Veröffentlichungen, Debatten und Interviews der letzten Jahre, bezogen auf den Antisemitismus, Goldhagen und *uns*, fiel mir auf, warum ohne weitere und ständige Aufklärung - auch uns selbst als Linke - über die Frage, warum „Auschwitz“, weder die Wiederholung einer politisch geführten Barbarei wirklich ausgeschlossen werden kann, noch mittelfristig die anhaltenden linken und antifaschistischen Probleme sinnvoll bearbeitet werden können. Ich versuche hier meinen Aufsatz unter teilweisem Weglassen der Argumentation und des Erläuterungs- und Literaturanhangs zu komprimieren. Der komplette Beitrag kann bei der Redaktion bestellt werden.



In Gedenken an die extremen Opferzahlen wurden einem in der linken und Arbeiterbewegung die Folgen des deutschen Antisemitismus wohl immer als (eine) Hauptschuld nahegebracht. Jedoch, angesichts einer allgemeingesellschaftlich einseitig-oberflächlichen Thematisierung des Faschismus, wurde dies mehr oder minder als ungerrecht in Verhältnis zur Klassen (interessen)frage empfunden, ja als Ablenkung vom „eigentlichen“ Problem bzw. von *unserem* Verständnis der Nazipolitik vermittelt.

An diesem Punkt wäre direkt einmal hervorzuheben, daß es bezüglich des völkisch-rassischen Judenhasses **keine** Ursa-

chenerklärung ausgehend von seiner oft angeführten Nützlichkeit für Nationalismus gibt. Genauso, wie sich umgekehrt aus Antinationalismus nicht automatisch ein Zugang zum Verständnis des Problems oder zu seiner Verhinderung ergibt; wohl eine Dämpfung, wie die sowjetische Erfahrung der ersten anderthalb Jahrzehnte zeigte. -Antisemitismus und Nationalismus haben also nur indirekt miteinander etwas zu tun - ja der deutsche war geradezu „international“ programmiert und von daher entfaltete er sich erst richtig mit seiner Kriegspolitik. Jedoch gab/gibt es nationalistsche Juden und antisemitische antiimperialistische Anti-

nationalisten.

Eine Bestätigung erfahren diese Aussagen indirekt durch eine *auch im Ausland* bestehende Ratlosigkeit und Oberflächlichkeit, sowohl unter Holocaustforschern, wie auch unter Vertretern des Judentums: Es sei im wesentlichen **international aufgegeben worden** - so Historiker Gunnar Heinsohn - **die Ursache für die Shoa**, den Megamassenmord **zu erfragen bzw. herauszufinden**. G. Heinsohn hat die Einzelheiten hierzu, seine Untersuchungsmethode und dazu die Dar- und Widerlegung 42 gängiger Erklärungsversuche in seinem kleinen Taschenbuch „Warum Auschwitz?“ aufgereiht.

Die großtechnisch betriebene Mensehtötung in Treblinka, Maidanek, Solibur und anderen Vernichtungslagern fand durch einen relativ kleinen Teil der SS, 50.000 Mann, *unter starker Geheimhaltung* statt, das ist die eine Seite. Dennoch kann man mit Goldhagen davon sprechen,

dass Millionen (nicht nur) Deutsche eine für Juden tödliche Mentalität hatten - gleichzeitig, wünschend, akzeptierend, mitmachend. So zeigte sich diese bei den gar nicht geheimen Deportationen, den entsprechenden Organisationsleistungen, bei den genau dargestellten Massenerschießungen, die schon bei der Vernichtung der polnischen Intelligenz begannen. Bis hier hatte sich das entwickelt aus einer patriarchalisch-esoterischen-Übermenschen-Erlösungsbewegung, deren Wurzeln bis ins vorige Jahrhundert reichten. Dass die nichtgeheimen Morde im einzelnen in ihrer massenhaft freiwilligen Begehung, also wohl auch von halbwegs „normalen?“ Männern durchgeführt wurden, und die national/machtpolitischen Bedingungen dafür, dies unausweichbar dargestellt zu haben und sich anschließend hier persönlich der Verdrängung entgegenzustellen, darin bestand die **eigentliche Leistung Goldhagens**.

„MARX“ AUF DEM KOPF ?!

Wir haben es also mit einem hohen Maße an *Willen*, an böser verwirklichter Phantasie, anscheinend reinster *Subjektivität* zu tun; beim Faschismus gerade in der Rassenpolitik und hier zugespitzt bei der Judenvernichtung: *Und das war für die kapitalismusbekämpfende Linke noch nie so zwingend wahrzunehmen!!* Und genau diese Kraft der - hier im doppelten Sinne - bösen Subjektivität löst(e) bei vielen von ihnen Erschütterungen aus, die sie in ihrem Überbau/Basis-Gesellschaftsverständnis oder ihrem ökonomistischen Determinis-

musdenken, in ihrer Festigkeit, beunruhigt, da, wo bei anderen Ratlosigkeit, Traurigkeit oder Extremismusgefasel hervor kommt : Warum sollte nun - wie es Fehri von der Düsseldorfer **TERZ** in seiner Goldhagenrückschau tut - eine Darstellung massenmörderischer Tatsachen, u.a. dass vor allem an Juden die geringsten individuellen Hemmungen existierten, diese berechnete Hervorhebung, mit dem Prädikat „**idealistisch**“ beurteilt werden?! - Das wäre hier der philosophisch-linke Begriff für subjektivistisch-nichtobjektives, -kurz- falsches Denken, für unwissenschaftliche Methode !!

Ähnlich tat dies *Jürgen Elsässer* in seinem „Goldhagen-Zwischenbilanz“-Diskussionsinterview mit mehreren Historikern in der **JUNGEN WELT**, in dem er aus dem gleichen geschilderten Sachverhalt schlussfolgerte: „Goldhagen hat Marx umgedreht“. -Jaa, Marx als der „anti-idealistisch-Objektive“, sein Freund Friedrich Engels oder meinetwegen auch Lenin und Luxemburg, wo haben die jemals gesagt, dass nur humane, sozial-revolutionäre Ideen, wenn von der Masse ergriffen, zur materiellen Gewalt werden?! Nirgends. Letztlich sind es doch *immer* individuelle Motive, Wünsche eines Subjektes, -egal ob getragen von **Idealen**, Raffgier, Mordlust, Liebesunfähigkeit, Machtlust oder kapitalistisches Interesse - die vor allem beim freiwilligen Mitmachen oder gar Anstacheln „entscheiden“, und keine wie immer auch geartete Objektivität, genannt das Sein. Schlussendlich wurde auch die NSDAP und ihre Gebärmutter Thulegesellschaft/Germanen-

orden um das Hauptideal der sie bestimmenden Personen herum aufgebaut, der „Entjudung“.

Das Gegenstück hierzu, nämlich Angst und Unterwerfung, „blinder“ Gehorsam, oder darüber, wie normale oder liebesfähige Leute politisch, gruppendynamisch, pädagogisch-psychologisch oder sonstwie zum Lebenzerstören gebracht oder davon überzeugt wurden, daß die Erde -wie es hieß- von allem Jüdischen gereinigt werden müsse, etwa auch als menschliche Vorwegnahme des *Jüngsten Gerichtes*, darüber wollte oder konnte Goldhagen wohl nichts sagen. - Wo aber, bitteschön, können das, außer in punkto politische Mittel, die Linken?! *Diese*, und das finde ich wirklich schlimmer als Daniel Goldhagens „idealistische“ Verkennung dieser deutschen Demokratie als vom Antisemitismus geheilte Deutschengesellschaft, verwerten nicht, verdrängen ihre eigenen Fachautoren hierzu, solche, die ihnen in dieser geistigen Sackgasse hätten längst Klärung verschaffen können:

Hannah Arendt, Wilhelm Reich, Christel Neusüss, Klaus Theweleit, Elias Canetti, Deleuze/Guattari oder auch Walter Benjamin.

MYSTIFIZIERUNG AUF LINKS

Es ist schon ein (trauriger) Witz, wenn Leute, die positiv mit marxistischen Begriffen hantieren - und das sind außer den Genannten längst nicht nur Marxisten in der antirassistischen Debatte - wenn diese die außerindividuelle Realität so behandeln, dass der ihr zugeordnete Begriff vom Objektiven

an sich, vom Sein mystifizierend an die Stelle dessen tritt, wofür früher der Weltgeist oder Ähnliches stand! Andererseits, was ist das für eine auch in der TERZ befürwortete, angeblich materialistische (= richtige) Methode, (heißt: verengt, eine, die die materielle gesellschaftliche Grundlage als wesentlich die Gedanken bestimmend anerkennt)? Eine, die für faschistisch-antisemitische Tätigkeit, oder auch sozialen, demokratischen oder revolutionären Kampf im Grunde nur politökonomisches Verstehen bzw. Antriebe und materielle Bedürftigkeit als wirkliche gelten lassen will, -oder auf neunebulös-Szenendeutsch „Struk-turen“? Also, sollte als „ma-terielle Basis“ für individuelle Entscheidungen oder auch Kleingruppentendenzen nur die im Gehirn widergespiegelte äußere Wirklichkeit vorstellbar sein - oder fehlerhafte Gedanken, etwa so, wie wenn man die -gut sichtbaren- Bäcker für Nahrungsmittelunterversorgung verantwortlich machen wollte!?

Dann müßte wohl rassistische Ideologie in Konsequenz den Status einer (materiellen!) Stoff-

wechselstörung der Großhirnrinde bekommen, - das, was manche „Materialisten“ auch als den Kern aller psychischen Störungen ausmachen wollen. Oder aber, was ist beispielsweise *dies* für ein (wirklich?) linkes Denken, das sich schlicht nicht dafür interessierte - nachdem, was diesseits veröffentlicht nicht zu vernehmen war - **warum** es einem Nazi und Kapitalisten möglich wurde, genau das Gegenteil vom materiell Logischen zu tun, wie Oskar **Schindler**, oder wie im Falle des Berliner Society-Heilers und Leibarzt Felix Kersten, der wiederholt große Gruppen von Juden rettete durch seinen individuellen Einfluss auf seinen Hauptpatienten: SS- Himmler. Dieses „Grund(un)verständnis“ hier hat in weiten Kreisen der linken Antifaschisten krisenhafte Folgen! - So ist ein anderer Welt„geist“, der die geistige Führung übernommen hat, eine Abart des Zeitgeistes, der man im „Gegensein“ hinterherläuft, genannt „die Rechtsentwicklung“. Da man sich meist höchst unvollkommen um die Methoden zur Einflussnahme und Umwandlung von Gegebenheiten kümmert, liefert

man sich ihr aus - oder gibt gar den Rechtsentwicklern noch Auftrieb! Statt im versammelten Antitum, liegt gerade im Positiven - so weit war Lenin schon Psychologe - die Kraft auch zur linken Massenaktivierung. Doch in Bezug auf die Bevölkerung verleitete der „Anti-“ und Rechtentwicklungs„geist“ noch im Jahre 1998 viele Kämpfer zur sich-Selbst erfüllenden Prophetie, - Höhepunkt zum 1.Mai zu Leipzig, „Die soziale Frage ist von den Faschos besetzt, deshalb können wir damit nichts mehr (mehr?) anfangen“. Nun gut, wir können ja mal anfragen, oder in der Ökonomie analysieren, wann wir wieder dran sind.

Wenn schon mal ausnahmsweise in die Werke bestimmter Linksfachleute geguckt wird, dann scheinen unsere Materialisten anscheinend immer nur ihren Lieblingssatz, „das Sein bestimme das Bewußtsein“ zu finden, und der, so erscheint mir das inzwischen, wird als höchstinstanzliche Resignations-Formel gemurmelt; -"et is wie et is, un et bliv wie et bliv" auf Marxistisch?

Achim Schürmann

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle

Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
 NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
 45657 RECKLINGHAUSEN
 TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
 Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

UNTERSTÜTZT DIE KURDISCHEN FLÜCHTLINGE IN WUPPERTAL

(Aus einem Flugblatt zur Demonstration am 16.1.99 in Wuppertal)

Zur Lage in Wuppertal

Seit dem 22.11.98 suchen 27 kurdische Flüchtlinge Zuflucht in der Gemarker Kirche (City-Kirche Barmen) in Wuppertal. Sie haben sich zu diesem Schritt entschlossen, da ihre rechtlichen Möglichkeiten, eine Abschiebung in die Türkei zu verhindern, ausgeschöpft waren. Ziel der Flüchtlinge war es von Anfang an, für die gesamte Gruppe ein Bleiberecht, sowie einen Abschiebestopp für alle kurdischen Flüchtlinge zu erreichen. Das Presbyterium der Gemarker Kirche hingegen hat eine Zustimmung der Flüchtlinge zu einer Einzelfallprüfung zur Bedingung für eine Aufnahme in ein „klassisches“ Kirchenasyl gemacht. Dazu die KurdInnen selbst:

"...die Unterdrückung und Verfolgung der KurdInnen in der Türkei ist kein individuelles Einzelschicksal, sondern betrifft die kurdische Bevölkerung als „ethnische“ Gruppe. Einzelfallprüfung, wie sie an uns vom Kirchenkreis Barmen hergetragen wurden, führt zu einer Individualisierung eines gesellschaftlichen Problems. Auch wenn wir diese Absicht dem Kirchenkreis Barmen in keiner Weise unterstellen, wird

dies aller Wahrscheinlichkeit nach die unabwendbare Folge der Einzelfallprüfung sein. („...hätten Einzelfallprüfungen eine Chance auf Anerkennung, so wären bereits gestellte Asylanträge nicht abgelehnt worden. Davon kann man so lange nicht ausgehen, wie die systematische Verfolgung der KurdInnen als ethnischer Gruppe in der Türkei nicht als Grundlage für die politischen und rechtlichen Entscheidungen geltend gemacht wird. (...)" (aus der Erklärung der kurdischen Flüchtlinge vom 19.12.98).

Eine Annahme der Einzelfallprüfung würde unweigerlich zur Abschiebung des Großteils der Flüchtlinge führen.

ZUFLUCHT FÜR DIE KURDISCHEN FLÜCHTLINGE IN WUPPERTAL

Der politische Kampf für ein Bleiberecht in Deutschland ist entstanden aus einer verzweiferten Situation, in der tausende kurdischer Menschen kein Asyl bekommen, aber auch nicht in die Türkei zurück gehen können. Mit Beginn des Befreiungskampfes vor 14 Jahren wurde der Krieg gegen die kur-

dische Bevölkerung weiter verschärft. Seitdem verloren mehr als 50.000 Menschen ihr Leben, 3700 Dörfer wurden vom türkischen Militär zerstört. Etwa 4.000.000 KurdInnen mussten aus Ihren Dörfern fliehen oder wurden zwangsumgesiedelt. Trotz vieler kurdischer Initiativen zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts beharrt die türkische Regierung auf der Fortsetzung des Krieges. Extralegale Hinrichtungen und Folter sind weiterhin an der Tagesordnung. Diese Situation ist weltweit bekannt und auch in den Lageberichten des BRD-Außenministeriums aktenkundig, dennoch werden täglich KurdInnen abgeschoben. Teil einer politischen Lösung müsste in der Neubewertung der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und einem daraus folgenden Bleiberecht für alle kurdischen Flüchtlinge liegen. Die Türkei versucht schon seit längerem, in die Europäische Union aufgenommen zu werden, dies wird ihr aber verwehrt, begründet durch die permanenten Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land. Trotzdem gewähren Deutschland und andere europäische Staaten der türkischen Regierung nach wie vor militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung.

KEINE ABSCHIEBUNG IN DEN FOLTERSTAAT

Kurden besetzen Landeszentrale NRW von Bündnis 90/Die Grünen



Flüchtlinge unterstützen!

Durch die faktische Abschaffung des Asylrechts 1993 einerseits und die Abschottung der „Festung Europa“ mit dem Schengener Abkommen andererseits gibt es für Flüchtlinge kaum noch eine juristische Möglichkeit (qua „Asylrecht“), dauerhaft eine Zuflucht in Deutschland zu finden.

Das Wanderkirchenasyl kämpft seit einem Jahr für ein Bleiberecht der illegalisierten Flüchtlinge.

Als am 21.1.1998 20 kurdische Flüchtlinge in der Antoniterkirche in Köln aus der Illegalität auftauchen und ihren Forderungen nach einem Abschiebestopp in die Türkei Ausdruck verliehen, wurde der Anfang für das Wanderkirchenasyl gemacht. Die Zahl der Flüchtlinge wuchs bis zum Sommer dieses Jahres auf 230 Flüchtlinge, und 70 zufluchtgewährende Gemeinden in NRW schlossen sich der Aktion an.

Am 16.1. wollen wir in Wuppertal gemeinsam mit den illegalisierten Flüchtlingen aus Wuppertal und dem Wanderkirchenasyl demonstrieren, um ihre Forderungen nach einem Bleiberecht und einem menschenwürdigen Leben in die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Gruppen werden in jeder Kirche für ca. 4-6 Wochen beherbergt und in Zusammenarbeit mit der Kampagne „kein Mensch ist illegal“ in ihren politischen Forderungen unterstützt. Im Sommer wurde die Aufnahme neuer Flüchtlinge gestoppt, d.h. es konnten keine neuen Flüchtlinge mehr ins Wanderkirchenasyl aufgenommen werden. Aber täglich tauchen neue illegalisierte Menschen auf, die sich an der Aktion beteiligen wollen, die sich nicht mehr mit ihrem Schicksal abfinden. Damit ergab und ergibt sich die Notwendigkeit, sich um neue Aktionsformen zu bemühen und illegalisierten Flüchtlingen - wie denen, die jetzt in Wuppertal Zuflucht gesucht haben - zu helfen. Deshalb wollen wir alle Menschen und Gruppen ermutigen, zufluchtsuchenden Flüchtlingen in ihrer Stadt beim Auffinden geeigneter Kirchen oder anderer Zufluchtsstätten zu helfen und sie dort konkret zu unterstützen. Eine Ausweitung auf weitere Städte in NRW und andere Bundesländer kann der Aktion Kraft geben und den politischen Druck auf die verantwortlichen PolitikerInnen erhöhen.

Die Bewegung in Frankreich, die „sans papiers“, hat in der Vergangenheit immer wieder Kirchen besetzt, um auf ihr Schicksal und ihre Forderungen öffentlich aufmerksam zu machen. Dies geschah mit großer Unterstützung und Anteilnahme durch Teile der Bevölkerung, Intellektuelle, Parteien und Gewerkschaften.

Auch wenn die Situation in der BRD mit jener in Frankreich nicht unbedingt vergleichbar ist, so haben die „sans papiers“ doch gezeigt, daß eine Ausweitung der Aktionen der Flüchtlinge, die gegen eine Illegalisierung kämpfen, die Regierenden zu Zugeständnissen zwingen kann. Nur so sind wir in der Lage, eine politische Lösung zu erreichen. Für alle in der BRD Illegalisierten muß eine politische Lösung erreicht werden. Es ist unerträglich und nicht hinnehmbar, daß in der BRD schätzungsweise 400.000 illegalisierte Menschen versteckt, z.T. Auch in Obdachlosigkeit und in permanenter Angst vor der Abschiebung in Armut, Hunger, Folter und Tod leben müssen.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DES INTERNATIONALEN FREUNDSCHAFTSVEREINS

Am 14.12.98 fand im Recklinghäuser BERT-BRECHT-ZENTRUM auch die Jahreshauptversammlung des Internationalen Freundschaftsvereins statt. Auf der gut besuchten Versammlung wurde ein vom Vorstand vorgelegter Jahresrückblick diskutiert und die politischen Ziele für das kommende Jahr formuliert.

Der IFV hat im Jahr 1998 einen guten Schritt nach vorn gemacht sowohl in der Gewinnung neuer Mitglieder als auch in der Konkretisierung seiner politischen Ziele. Vor allem beim Schwerpunkt "Menschenrechte/Flüchtlinge/Asyl" hat der Verein gute Fortschritte gemacht und konnte unter den AsylbewerberInnen im Kreis Recklinghausen an Ansehen gewinnen.

Hierbei ist es sicher kein kleiner Erfolg, dass auch durch die Unterstützung des Vereins erreicht wurde, dass einige Asylbewerber ihr Asylverfahren erfolgreich beenden konnten, einige Aktionen zur Verhinderung von Abschiebungen erfolgreich unterstützt wurden. Dieser positiven Entwicklung ist es auch zu verdanken, dass die Kontakte zu Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international verbessert werden konnten. Praktischer Ausdruck dieser Arbeit waren z.B. die am 30.5. durchgeführte **Demonstration zur Unterstützung des albanischen Volkes im Kosovo** (mit 350 TeilnehmerInnen) und die am 31.10. 98 gemeinsam mit amnesty international, Flüchtlingsrat und Forum Erfurter Erklärung organisierte **Demonstration gegen Abschiebungen** im Kreis Recklinghausen (mit ca. 80 TeilnehmerInnen). Diese Arbeit soll im neuen Jahr weiterentwickelt werden.

Noch nicht angegangen wurde ein Ziel, das sich der Verein als zweiten Schwerpunkt gesetzt hatte: Einen eigenständigen Beitrag zum Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus zu leisten. Die politische Auseinandersetzung, und hier insbesondere mit den türkischen Faschisten von der MHP, muss aber im kommenden Jahr dringend vorangebracht werden.

Positiv wurde auch die innerorganisatorische Entwicklung beurteilt: Das monatlich stattfindende "Internationale Frühstück" wie auch kulturelle Beiträge der Vereinsmitglieder trugen dazu bei, dass eine freundschaftliche und solidarische At-

mosphäre entstanden ist. Die Jahreshauptversammlung wählte einen neuen, erweiterten Vorstand, zum neuen Vorsitzenden des Vereins wurde **Eckardt Dieckerhoff** gewählt, zu seinem Stellvertreter **Celal Tuc**.

Hervorzuheben ist, dass der Verein trotz der Tatsache, dass die Mehrheit seiner Mitglieder in äußerst beengten finanziellen Verhältnissen lebt, ein regelmäßiges Beitragsaufkommen zu verzeichnen hat und einen nicht unerheblichen finanziellen Beitrag bei der Unterstützung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen leistete.

TERRE DES FEMMES

Buchkalender für Frauen 1999

PLANERIN

- Im außergewöhnlichen A5-Format
- für die praktische Organisation des Alltags
- Wire-O-Bindung
- Umschlag mit umweltfreundlicher Schutzfolie überzogen
- Umweltgerecht auf Recyclingpapier
- Texte über engagierte Frauen und Projekte
- Frauenporträts in s/w-Fotografien
- jede Woche auf einer Seite
- Umfangreicher Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen
- DM 19,80, ÖS 145, SFR 19,80
- Format 14,8 x 21

Erscheinungstermin:

August 1998 ISBN 3-9806165-0-9



Postfach 25 65, 72015 Tübingen

Tel. 0 70 71-7973-0, Fax 0 70 71-7973-22

TERRE DES FEMMES e.V.

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU

Hoch die Internationale Solidarität!

Tätigkeitsbericht 1998 von YEK-KOM

Am Ende eines für das kurdische Volk ereignisreichen und wichtigen Jahres möchten wir allen Freundinnen und Freuden für ihre treue Unterstützung und allen anderen LeserInnen für ihr Interesse an der Sache Kurdistan danken. Gleichzeitig wünschen wir Ihnen, Euch und uns ein erfolgreiches 1999. Speziell wünschen wir allen Kurdinnen und Kurden in der Heimat, in Europa und in anderen Ländern, dass das letzte Jahr vor der Jahrtausendwende weitere entscheidende Entwicklungen für die Sache Kurdistan und für eine friedliche politische Lösung bringen möge. Für alle Völker der Welt werde 1999 ein friedliches Jahr, mit positiven Schritten für Frieden, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung - das ist unser Wunsch und unsere Hoffnung !

Das Jahr 1998

I. Allgemeiner Überblick

Ein herausragendes Ereignis für alle KurdInnen war am Anfang des Jahres, am 6. Januar, der Beginn des Prozesses gegen den ERNK-Europasprecher **Kani Yilmaz**, der zuvor nach mehr als dreijähriger Haft von England nach Deutschland ausgeliefert worden war. Dieser Prozess gegen Kani Yilmaz endete bereits nach wenigen Verhandlungstagen am 11. Februar. Terrorismus-Vorwurf und § 129a wurden fallengelassen, mit einer „Halbstrafenregelung“ war der ERNK-Europasprecher am Tag der Urteilsverkündung frei - ohne politisches Betätigungsverbot.

Am Tag der Prozessöffnung, am 6.1., hatte sich der von der politischen Justiz in Deutschland „aufgebaute“ und in vielen 129a-Prozessen eingesetzte „Kronzeuge“ **Eser Altinok** selbst angezündet; er erlag später seinen Verletzungen. Seine Aussagen hatten eine Reihe von Kurdinnen und Kurden in 129a-Verfahren belastet.

Monate später erst gelangte sein Abschiedsbrief an die Öffentlichkeit, der einen erschütternden Einblick in die Psyche eines Menschen bot, der, zum Verräter gemacht, als einzigen Ausweg die Selbstvernichtung sah, um seine Würde als Mensch wiederherzustellen. In seinem viele Seiten langen Brief bezeichnete er sich als jemanden, „...der diejenigen verhaften ließ, die ihm zu essen und zu trinken gaben“. „...Er (der Verräter) hasst diejenigen, die er gestern noch liebte, er zündet das Bett an, in dem er gestern noch schlief...Ich bin einer, der wegen seiner Reue psychisch erkrankte...“

Sein Brief endet mit den Worten: „Nieder mit dem Verrat! Es lebe der Widerstand!“

In seiner routinemäßigen Jahreskonferenz erklärte der Bundesanwalt **Kay Nehm**, dass die PKK „nicht mehr als terroristische Vereinigung einzustufen“ sei.

Seit Ende Januar befinden sich illegalisierte oder zur Abschiebung vorgesehene Kurdinnen und Kurden in Nordrhein-Westfalen im „**Wanderkichenasyl**“; bis jetzt ist ihre Zahl auf mehr als zweihundert angewachsen. Über eine Lösung ihrer Aufenthaltsprobleme ist jedoch bis heute nicht entschieden worden.

In Kurdistan und in der Türkei stand das Jahr im Zeichen wachsender Verfolgung von KurdInnen und oppositionellen Kräften. Wie ein roter Faden ziehen sich die Übergriffe auf das „Mesopotamische Kulturzentrum“ (MKM), die „**Samstagsmütter**“, den Menschenrechtsverein **IHD** und die „Demokratische Partei des Volkes“, **HADEP**, durch das ganze Jahr; kaum eine Woche, in der wir nicht über derartige Angriffe berichten mussten. Im Januar musste der demokratische Professor für Politikwissenschaft **Haluk Gerger** eine Haftstrafe antreten; der Prozess gegen die deutsche Internationalistin **Eva Juhnke**, die waffenlos

auf irakischem Staatsgebiet gefangengenommen und völkerrechtswidrig in die Türkei verschleppt wurde, begann im Februar und endete am 17.9. Mit einer Verurteilung zu 15 Jahren Haft.

Im Februar verließen wegen ständiger Repressionen (u.a. Durch die KDP) rund siebentausend Flüchtlinge das Lager **Ninova** in Südkurdistan, um auf irakischem Gebiet Schutz zu suchen. Nach wenigen Kilometern wurden sie von den irakischen Sicherheitskräften gestoppt; seitdem leben sie fast ohne Schutz und Unterstützung und mit minimaler Ausrüstung, den Jahreszeiten und dem Hunger preisgegeben, im „Niemandland“ zwischen den sogenannten Schutzzone und irakischem Gebiet; ihre Lage ist nach wie vor verzweifelt.

Das **Newrozfest** wurde in Kurdistan einmal mehr ein Tag der „Jagd“ auf Kurdinnen und Kurden sowie auf demokratische Menschen einschließlich ausländischer DelegationsteilnehmerInnen. Wenn es auch Hunderte von Verhaftungen, Misshandlungen und Gerichtsverhandlungen gab, so waren doch in vielen Städten Zehntausende, in Diyarbakir (nach privaten Angaben) sogar hunderttausend Menschen auf den Straßen, die - ungeachtet der Polizeiaktionen - mit Singen, Tanzen und Parolenrufen Newroz feierten, so dass das Fest überall in Kurdistan den Eindruck von **Serhildans** vermittelte.

In Deutschland gab es zu Newroz keine Probleme; Feste und Fackelzüge verliefen weitgehend ungestört.

Seit Anfang März befanden sich in einer Reihe von Gefängnissen viele politische Häftlinge, zu denen seit dem 10.3. auch Eva Juhnke gehörte, im Hungerstreik. Er wurde erst am 24.4. Beendet, nachdem zugesagt wurde, die meisten Forderungen zu erfüllen.

Zu einem besonders schwarzen Tag für die Menschenrechte in der Türkei wurde der 12. Mai: An diesem Tag versuchten zwei gedungene Killer, einen Mordanschlag auf den Präsidenten des Menschenrechtsvereins IHD, **Akin Birdal**, auszuführen. Obwohl sie sechsmal auf ihn feuerten, überlebte Birdal schwerverletzt; er sitzt seitdem immer noch im Rollstuhl. Die weltweite Verurteilung dieses Anschlags hinderte den türkischen Staat nicht, Akin Birdal kurze Zeit später anzuklagen und zu einem Jahr Gefängnis zu verurteilen, weil er zwei Jahre zuvor in einer Rede zum Weltfriedenstag zu einer friedlichen Lösung des Kampfes zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung und dem türkischen Staat aufgerufen hatte. Bis zum heutigen Tag bekam Akin Birdal seinen Pass nicht wieder, so dass er den vielen Einladungen zu Vorträgen etc. in Europa nicht folgen kann.

Parallel zu besonders brutalen Angriffen auf politische Gefangene in der Türkei und auf die „Samstagsmütter“ in Istanbul berichtete die türkische Zeitung „Hürriyet“ (8.5.) Über die geplante Weiterbildung türkischer Polizeichefs in Deutschland. Am 7. Mai zeigte die Fernsehsendung „Monitor“ durch Bilder und Aussagen ehemaliger türkischer Militärabgehöriger erneut Beweise für den Einsatz deutscher Waffen gegen kurdische Zivilisten und bei Dorfzerstörungen in Kurdistan.

Am 6. Juni folgten rund hunderttausend Kurdinnen und Kurden (und eine erfreulich große Zahl deutscher UnterstützerInnen) dem Aufruf zu einer eindrucksvollen Großdemonstration in Dortmund, die unter dem Motto „Für Frieden und Einigkeit Kurdistans“ stand und auf der kurdische, deutsche und internationale RednerInnen sich für eine friedliche Lösung aussprachen.

Nachdem im Frühjahr 1998 die Duma (das russische Parlament) den in Russland lebenden KurdInnen die „kulturelle Eigenständigkeit“ zuerkannt hatte, fand im Juni ein Kongress der Föderation der KurdInnen in Russland und Delegierter der in anderen GUS-Staaten lebenden KurdInnen statt. Er sollte einmal die Umsetzung dieses Parlamentsbeschlusses konkretisieren und zum anderen die Möglichkeit seiner Ausweitung auf weitere Staaten, in denen ebenfalls viele KurdInnen angesiedelt sind (Kaschstan, Kirgisien, Aserbeidschan, Georgien, Armenien und Ukraine) prüfen.

Vom 13. Bis 27. Juni gab es eine Rundreise einer Delegation der „Samstagsmütter“ aus Istanbul durch eine Reihe von Städten der BRD. Diese Angehörigen von Menschen, die nach Verhaftung oder Festnahmen nicht oder nur als verstümmelte Leichen wieder auftauchen und für deren „Verschwinden“ der türkische Staat verantwortlich ist, halten wöchentlich eine Mahnwache in Istanbul und zeigen dabei Bilder ihrer verschollenen Angehörigen. Auf Kundgebungen, Podiumsveranstaltungen und durch Gespräche mit PolitikerInnen sollte die deutsche Öffentlichkeit über dieses „Verschwindenlassen“, eine spezielle Art schwerster Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, aufgeklärt und dafür sensibilisiert werden.

Ebenfalls im Juni wurde zum ersten Mal einem aus Deutschland in die Türkei abgeschobenen Kurden (Mehmet Ali Akbas) nach nachgewiesener Folter und Todesdrohung in türkischer Haft aufgrund seiner Beweise (Fotos von Folterspuren und ärztliche Atteste) die offizielle Wiedereinreise in die Bundesrepublik gestattet.

Am ersten Juliwochenende fand in Brüssel eine internationale Konferenz zu dem Thema „Menschenrechte in Kurdistan und in der Türkei“ statt; Veranstalterin war **KON-KURD**, die Konföderation Kurdischer Vereine in Europa.

Im August startete KON-KURD gemeinsam mit ihren Einzelföderationen in Europa eine Kampagne gegen Drogenhandel und Drogenmissbrauch. Unter dem Titel „**Drogen töten - Widerstand heißt Leben**“ wurde eine Broschüre in mehreren Sprachen herausgegeben und bei Informationsständen und öffentlichen Infoveranstaltungen wurde, ebenso wie in internen Veranstaltungen in den Vereinen, über Drogengefahren und über die Handelswege (Türkei!) aufgeklärt.

Am 14.8. Startete die „**Karawane für Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen**“, die bis zum 20.9. Durch mehr als 40 Städte in der BRD zog, um auf Probleme aufmerksam zu machen, Bleiberechte zu verlangen und gegen Abschiebungen in Länder mit politischer Verfolgung zu demonstrieren. Inzwischen setzt das Karawanenbündnis seine politische Arbeit kontinuierlich fort; FLüchtlings- und MigrantInnengruppen treffen sich zur Abstimmung gemeinsamer Aufgaben.

Am 12.9. Fand das **VI. Internationale Kurdistan Kulturfestival „Sema Yüce“** in Rotterdam mit Zehntausenden von TeilnehmerInnen statt. Es war der Kurdin Sema Yüce gewidmet, die sich am Newroztag aus Protest gegen die brutale Politik des türkischen Staates in einem türkischen Gefängnis selbst angezündet hatte und am 17. Juni ihren schweren Brandverletzungen in einem Gefängnis Krankenhaus erlegen war.

Am 28.9. Eröffnete nach vorhergegangenen Neuwahlen das **Kurdische Parlament im Exil** seine zweite Legislaturperiode.

Ende Oktober wurde zusammen mit anderen KämpferInnen die deutsche ARGK-Guerilla Andrea Wolf (Ronahl) im Kriegsgebiet gefangengenommen. Sie und ihre Mitgefangenen wurden kurze Zeit später von den türkischen Militärs nach kurzem Verhör ermordet.

Wenige Tage nach dem fünften Jahrestag des Verbots kurdischer Vereine und Verbände in der Bundesrepublik (Kanthers „PKK-Verbot“) wurden am 1.12. Von einer Petitionsinitiative mehr als 10 500 Unterschriften für „**Dialog statt Verbot**“, für eine Aufhebung dieser Verbote, im Rahmen einer Pressekonferenz in Bonn dem Petitionsausschuss des neuen Deutschen Bundestages übergeben.

II. Die Ereignisse und politischen Entwicklungen seit Beginn des Waffenstillstandes der ARGK

Der Waffenstillstand

Bereits im Juli 1998 hatte der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, Abdullah Öcalan, Briefe an die Staatsoberhäupter und Außenminister der Staaten der EU, der USA

und Südafrikas gerichtet. Er hatte darin erklärt, dass seine Partei bereit sei, die Waffen schweigen zu lassen und mit internationaler Unterstützung eine politische Lösung auf dem Verhandlungswege zu suchen.

Ende August verkündete er dann aufgrund der zum Teil ermutigenden Reaktionen auf diese Briefe zum 1.9.1998 (dem „Weltfriedenstag“ oder „Internationalen Antikriegstag“) einen Waffenstillstand der PKK-Guerilla (ARGK). Die Guerillakräfte würden während der Dauer des Waffenstillstandes nicht mehr angreifen, sich aber bei Angriffen verteidigen. Der Parteivorsitzende erklärte die Dauer des Waffenstillstandes für offen: Sie hänge von den internationalen Reaktionen und den Reaktionen der Türkei ab.

Die Reaktionen der Türkei

Dieser von Herrn Öcalan verkündete Waffenstillstand war der dritte seit Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes; obgleich nach Aussagen des PKK-Vorsitzenden diesmal geheime Gespräche mit der türkischen Seite vorausgegangen waren, reagierten diese wie bei den ersten Malen: Durch Verstärkung der Angriffe und des Terrors. Es gab am Weltfriedenstag schwerste Übergriffe gegen und Massenverhaftungen von Friedensaktivisten in der Türkei und in Kurdistan; ferner wurden innerhalb kurzer Zeit weitere 21 kurdische Dörfer von türkischem Militär zerstört.

Anfragen von Herrn Abdullah Öcalan, warum die ihm zuvor in Aussicht gestellten positiven Reaktionen ausblieben, folgten Beschwichtigungen: Er möge noch eine Weile warten.

Bedrohung Syriens und Attentatsversuch

Inzwischen marschierte türkisches Militär an der syrischen Grenze auf und verlangte, die Regierung Syriens möge Herrn Öcalan, der sich angeblich in Syrien aufhalten sollte, ausweisen und die Ausbildungsbasen der ARGK auf syrischem Territorium schließen.

Diese Politik gipfelte in einem minutiös vorbereiteten Attentatsversuch auf den PKK-Vorsitzenden: MED-TV, der kurdische Satellitensender, wurde von der Türkei aus gestört und zeitweilig am Senden gehindert; Schiffe patrouilierten vor der syrischen Küste und man versuchte, zu einem bestimmten Zeitpunkt am 9.10. unter dem Vorwand von Verhandlungen, Herrn Öcalan zu einem von zwei vorgesehenen Treffpunkten zu locken. Zur vorgesehenen Zeit gab der türkische Ministerpräsident eine Pressekonferenz, auf der er offensichtlich auf eine bestimmte Nachricht wartete und dann äußerte, es habe „nicht geklappt“. Das vorbereitete Komplott hatte nämlich einen „kleinen Fehler“: Der Vorsitzende der PKK hatte Verdacht geschöpft und hielt sich zu dem für das Attentat vorgesehenen Zeitpunkt gar nicht mehr in Syrien auf.

Der PKK-Vorsitzende A.Öcalan in Italien

Gut einen Monat später, am Abend des 12. November, landete der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan in Begleitung eines italienischen Parlamentsabgeordneten in Rom und suchte um einen politischen Status nach.

Sofortige türkische Auslieferungsbegehren wurden von der italienischen Regierung unter dem Hinweis auf die Lebensbedrohung für Herrn Öcalan, die eine solche

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHIEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LANGER



SWB
Sonne und Windenergieanlagen im Geist
 Handwerkserbe in Selbstverwertung

Karl Hermann Str. 14
 45701 Herten
 Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
 Sanitärinstallationen
 Elektrikinstallationen

Solaranlagen
 Regenwassernutzung
 Brennwertkessel

Auslieferung bedeuten würde, zurückgewiesen. Die deutsche Bundesregierung erklärte, auf eine Auslieferung (aufgrund eines deutschen Haftbefehls) aus politischen Rücksichten zu verzichten. Die USA plädierten für eine Auslieferung an die Türkei; die europäischen Staaten stärkten Italien zumindest verbal den Rücken.

In der Türkei begannen pogromartige Übergriffe von faschistischen Kräften auf Kurdinnen und Kurden, die staatlicherseits nicht nur ermutigt, sondern offen unterstützt wurden. Mindestens zwei junge Kurden wurden auf offener Straße erschlagen; Tausende von HA-DEP-Angehörigen, die sich zur Unterstützung der Forderungen des PKK-Vorsitzenden in Hungerstreiks befanden, wurden verhaftet und mißhandelt. Auch in Brüssel setzten türkische Faschisten einen kurdischen Verein und zwei kurdische Wohnhäuser in Brand.

Das Ersuchen des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, nach einem politischen Status in Italien wurde von den KurdInnen in Kurdistan und in der Türkei, überall in Europa, in den USA und sogar in Australien mit unzähligen Aktionen unterstützt: Tausende begaben sich nach Rom; Tausende traten in Hungerstreiks, es fanden Ladenschließungen, Kinder- und Frauendemonstrationen (u.a. zum Tag der Menschenrechte in Den Haag), zwei Großdemonstrationen mit vielen zehntausend TeilnehmerInnen gab es allein in Bonn (am 27.11. Und am 19.12.).

Das Europaparlament verabschiedete eine Entschließung, die im einzelnen Forderungen an eine zu bildende internationale Konferenz zur Lösung der kurdischen Frage sogar weitergeht, als die von Herrn Öcalan zusammen mit seinen Anwälten in Rom aufgestellten Sieben-Punkte-Forderungen. Die Fraktion der Sozialdemokratischen Parteien Europas verabschiedete ebenfalls eine eindeutige Entschließung.

Fast alle kurdischen Parteien und Vereinigungen (mit Ausnahme der KDP Mesud Barzanis, der mit dem türkischen Staat kooperiert) unterstützen inzwischen die Forderungen der PKK und verlangen nicht zuletzt eine Aufhebung des Betätigungsverbotes für die Partei in Deutschland.

Hunderte und Tausende von Briefen und Solidaritätsfaxen erreichten die italienische Regierung und die Botschaften; Solidaritätsbekundungen vieler deutscher Gruppen und Einzelpersonen erreichten Herrn Öcalan und die kurdischen Einrichtungen.

Inzwischen befindet sich Herr Öcalan weiterhin in Italien; jegliche Bewegungseinschränkungen für ihn wurden aufgehoben und er kann vorläufig in Italien bleiben oder es nach Belieben verlassen, wenn er sich woandershin begeben will. Über sein Ersuchen nach einem politischen Status ist noch nicht entschieden. Alle Gerüchte, er werde ausgewiesen, waren Fantasiemeldungen der türkischen Politiker und Medien und entsprachen deren Wunschdenken. Die deutsche Presse beteiligte sich lebhaft an dieser „Gerüchteküche“ und war sparsam mit dem Abdrucken der jeweiligen italienischen Dementis.

Wie könnte es weitergehen ?

Mit seinem Weg nach Europa, durch den er, so seine eigene Aussage, „die Schlüssel bringen“ wollte, hat der Vorsitzende der PKK entscheidende Schritte getan und Ereignisse in Gang gesetzt, die nicht mehr rückgängig zu machen sind. Zum einen hat das kurdische Volk eindrucksvoll gezeigt, dass es mit überwältigender Mehrheit in „Serok Apo“, Herrn Abdullah Öcalan, seinen Vertreter und das Symbol seiner Sehnsucht nach Frieden und Freiheit sieht. Ein erschütterndes Zeichen dieser Solidarität und Liebe sind die fast sechzig Kurdinnen und Kurden, die sich seit Oktober selbst verbrannt haben; mehr als zwanzig von ihnen verloren dabei ihr Leben. Viele von ihnen taten diesen Schritt in türkischen Gefängnissen, aber auch in Russland, Italien und nicht zuletzt in Deutschland. Und sie setzten dieses Fanal in „Ungehorsam“ gegen den ausdrücklichen Wunsch der Partei und von Herrn Öcalan, die deutlich diese Art von Kundgebung äußerster Opferbereitschaft verboten hatten.

Sie wollten protestieren - gegen die Vernichtungspolitik des türkischen Staates, gegen die Gefahr einer Auslieferung ihres geliebten „Serok“, gegen die Gleichgültigkeit europäischer Regierungen gegenüber den Problemen Kurdistans und der KurdInnen.

Durch Herrn Öcalans Anwesenheit in Europa ist endlich der Krieg in Kurdistan und die Unterdrückung des kurdischen Volkes auf die europäische Tagesordnung gekommen - und er und die KurdInnen werden dafür sorgen, dass es dort bleibt, bis zu einer endgültigen Verhandlungslösung!

Eine internationale Konferenz zur Lösung der Kurdenfrage wird nunmehr endlich von vielen Seiten gefordert, und es ist anzunehmen, dass sich einige Staaten - darunter nicht zuletzt Italien ! - kraftvoll für die Einberufung einer solchen Konferenz einsetzen werden.

Mit ihren Drohungen, ihren Erpressungsversuchen und selbst einem wirtschaftlichen Boykott Italiens hat die Türkei nicht erreicht, dass die italienische Regierung den Weg eines beispielhaften und demokratischen Vorgehens verlassen hat. Die KurdInnen werden ihr das jetzt und in Zukunft zu danken wissen. Sie danken auch dem italienischen Volk, das sich voller Sympathie und Solidarität auf die Seite der Kurdinnen und Kurden gestellt hat, sowohl mit politischen Forderungen als auch mit der Versorgung der vielen tausend KurdInnen, die tagelang in Rom auf dem Platz kampierten. Italienerinnen und Italiener versorgten diese Menschen mit Tee und Essen und nahmen sie nachts mit in ihre Häuser; auch Pensionen und Gasthöfe gaben ihnen kostenlos Quartier. Das alles hat seine Wirkung nicht verfehlt.

Geändert hat sich auch das Verhalten der deutschen Behörden (wenn auch noch nicht überall) in Bezug auf die Bestimmungen des immer noch bestehenden „PKK-Verbots“: Auf der letzten Großdemonstration in Bonn wurden die „verbotenen Symbole“, die Fahnen und Öcalan-Bilder, zu Hunderten und Tausenden gezeigt, und die „verbotenen Parolen“ hallten weithin über den Rhein. Und, dankenswerterweise, erhob die anwesende Polizei keine Einwände mehr dagegen. Auch diese Entwicklungen werden eine Eigendynamik entfalten und weitergehen.

Die Kurdinnen und Kurden sehen dem kommenden Jahr sowie den mittel- und längerfristigen Entwicklungen mit Zuversicht entgegen. Dabei sind sie fest davon überzeugt, dass sie zwar aufmerksam die weiteren Entwicklungen beobachten und angemessen reagieren müssen, dass jedoch der erneute Waffenstillstand der PKK und der zunächst riskante, aber in seiner Wirkung erfolgreiche Weg, von Herrn Abdullah Öcalan nach Italien das kurdische Volk seinem Ziel ein großes Stück nähergebracht hat

**YEK-KOM, Föderation
kurdischer Vereine
in Deutschland e.V.**

Eberhard Schütz
Zehn Jahre grenzüberschreitende Kurdenverfolgung
Beiträge für eine Menschenrechts-Chronik



Mit Beiträgen von
Rainer B. Ahues
Hans Brunschwig
Rolf Güssner
Friedel Grützmaier
Ulfa Jelkic und
Manika Marres
Kam Hamaç
und einer
Chronologie

**GNN
VERLAG**

Ab sofort erhältlich im RH-Literaturvertrieb

**Zehn Gedichte und
zehn Zeichnungen
aus dem Gefängnis**
von Rainer Dittrich

für 11,50 DM zu bestellen bei:

**Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel**

Telefon und Fax: (0431) 7 51 41



**DIE
ROTE
HILFE**

News aus dem Revier

Duisburg, 22.11.98

Am 21. 11. Versuchten ca. 100 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet, in Duisburg eine Gedenkveranstaltung zum Tode der Kader der „Sauerländischen Aktionsfront“ (SAF) durchzuführen. Federführend war wieder einmal der Duisburger Nazi-Kader Michael Thiel. Ein Großaufgebot der Polizei, die fast ganz Mündelheim abriegelte, sorgte für einen ruhigen Ablauf, bis die Nazis nach ca. 30 Min. Die Kneipe verließen und sich auf den Weg nach Krefeld machten.

(aus: Zündstoff news, Januar 1999)

Duisburg, 20.11.98

Anlässlich des „Volkstrauertages“ am 18. November fand am Duisburger Kaiserberg ein Nazi-Treffen statt, an dem ca. 20 Nazis aus Duisburg und Düsseldorf teilnahmen. Die Nazis konnten unter Polizeischutz ihre „Veranstaltung“ abhalten. Die Kränze, die sie niederlegten, entzündeten sich später von selbst.

(aus: Gegendruck Nr. 7/98)

Recklinghausen, 15.1.99

Zwei 19jährige Jugendliche stehen seit dem 14.1.99 in einem Prozeß vor dem Bochumer Landgericht, von denen zumindest einer aus dem neofaschistischen Umfeld stammt. Sie hatten vor einem Jahr zwei Molotowcocktails auf ein AsylbewerberInnenheim in Recklinghausen-Nord geworfen. Die Brandsätze waren nachts geworfen worden und hatten nur durch großen Zufall keinen Brand verursacht, weil einer an der Hauswand, einer an der doppelten Scheibe der Küche des Heimes zerplatzten, ohne größeren Schaden anzurichten. Vor Gericht versuchen die beiden, sich als Unschuldengel darzustellen, die alkoholisiert nur „den Bewohnern einen Schrecken einjagen“ wollten.

Beide bezeichnen sich politisch als „zur Mitte tendierend“, zumindest einer der beiden steht allerdings durch die bei ihm vorgefundenen Cds mit Nazi-Rock („Störkraft“) in einem etwas anderen Licht da.

Beide sind schon in der Vergangenheit häufiger bei Schlägereien in der Recklinghäuser Innenstadt in Erscheinung getreten.

Attatro
Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



Partner der
Büchergilde

2. Antifa - Festival Ruhrgebiet

Nachdem im vergangenen Jahr im Marler Schacht 8 das 1. Antifa-Festival Ruhrgebiet erfolgreich über die Bühne ging, haben wir uns vorgenommen, dies Festival zu einer festen Einrichtung im Ruhrgebiet zu machen.

Feste Kontakte zu Bands wie den "Sons of Gastarbeita" bestärken uns in dem Ziel, antifaschistische Kultur auf eine breitere Basis zu stellen.

Logisch, dass wir in diesem Jahr das 2. Antifa-Festival folgen lassen.

Es findet statt am 20. März, Gastgeber ist diesmal die Essener Zeche Carl.

Wie beim ersten Festival treten auch in der Zeche Carl wieder die **"Sons of Gastarbeita"** auf, deren Wege inzwischen die Grenzen des Ruhrgebiets längst hinter sich gelassen haben. Die Gruppe steht für eine erfrischenden und mitreißenden Rap-Stil eigener Prägung, ihre Songs enthalten alltägliche Botschaften des Antirassismus, der Menschlichkeit und des toleranten Umgangs miteinander. Für Benefiz- und Soli-Konzerte stehen sie jederzeit bereit, daneben arbeiten sie selbstverständlich auch "für Kohle", denn der Lebensunterhalt muss sichergestellt werden.

Sie sind in zahlreichen Projekten "Schule gegen Rassismus" mit Work-Shops und Seminaren aktiv, nehmen aber auch, so weit es die Zeit zuläßt, immer wieder kommunale oder private Aufträge unterschiedlichster Kulturveranstalter an, einzige Bedingung: Kein Auftritt bei rechtslastigen oder rein kommerziellen Veranstaltungen.

Inzwischen sind sie auch außerhalb Deutschlands bekannt geworden, Auftritte in verschiedenen europäischen Ländern stehen an, so dass die Anforderungen an Organisation und Management gewaltig zugenommen haben.

Ihr Auftritt auf dem zweiten Antifa-Festival ist dennoch "Ehrensache".

Weitere attraktive Gruppen stehen auf dem Programm:

Da wäre zu nennen die Ska-Gruppe **"Flat Fred and the Brains"**, nicht nur beim engeren Fan-Club der Herner "Sonne" überaus beliebt.

Für die Anhänger des Punk-Rock gibt es gleich zwei besondere "Schnäppchen". Aus Düsseldorf kommt das **"Untergangskommando"** und der "Top-act" des Festivals sind **"3. Wahl"** aus Rostock. Vor allem "3. Wahl" haben in den letzten Monaten von sich reden gemacht, die Fans im nördlichen Ruhrgebiet konnten sie auf einem begeisternden Punk-Rock-Festival am 28. Dezember 98 im Marler Schacht 8 zusammen mit den ebenfalls als "Kult" gehandelten "Skeptikern" bewundern.

Das Festival hat natürlich auch dieses Jahr ein konkretes Soli-Projekt als Ziel: Der Reinerlös wird der "Roten Hilfe" für die juristische **Unterstützung der Passauer Antifaschisten** zur Verfügung gestellt (siehe dazu auch Hintergrundbericht in dieser Ausgabe).

Wir bitten alle LeserInnen der AntifaZ, schon jetzt kräftig die "Werbetrommel" für das Festival zu rühren.

WANN:	Samstag, 20. MÄRZ 1999
WO:	Zeche Carl Essen-Altenessen
BEGINN:	19.00 Uhr (Einlass: 18.00 Uhr)
EINTRITT:	15.00 DM (VORVERKAUF: 13 DM)
VERANSTALTER:	ANTIFASCHISTISCHER BUND (AFB)